

Zeit zum Wechsel



0025120778

JANUAR 1996

Regierungsprogramm

1996 - 2000

**der
CDU Schleswig-Holstein**



Zeit zum Wechsel.

AUF ZUR ZUKUNFT!

Regierungsprogramm

1996 - 2000

der CDU Schleswig-Holstein

Herausgeber:
CDU-Landesverband Schleswig-Holstein
Sophienblatt 44-46
24114 Kiel

Januar 1996

**Vorwort
des CDU-Landesvorsit-
zenden und Kandidaten
für das Amt des
Ministerpräsidenten
Dr. Ottfried Hennig**



Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger!

***Was not tut -
Mut zur Zukunft***

Am 24. März 1996 geht es um die entscheidende Weichenstellung: Schleswig-Holstein braucht eine Mehrheit im Landtag, die den Kompaß des Landes auf Innovation und Fortschritt ausrichtet. Wir brauchen eine neue Aufbruchstimmung. Die Sozialdemokraten schaffen das nicht. Eine Ministerpräsidentin, die sich auf eine so zerrissene und ausgelaugte Partei und Fraktion abstützen muß, bringt das Land nicht voran. Eine zerstrittene SPD bedeutet Stillstand, den wir uns nicht leisten können. Darum ist es Zeit für eine neue Politik. Die Zukunft des Standorts Schleswig-Holstein zu sichern, verlangt umzudenken. Mehr Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung, mehr Ideen und Kreativität, mehr Mut zur Zukunft, auch zum Risiko, sind unverzichtbar. Wir müssen ja sagen zum Fortschritt von Wissenschaft und Technik und ihn nutzen für die Zukunftsgestaltung. Es gilt, verkrustete Strukturen aufzubrechen und gegen eine Neigung zur Erstarrung und Verdrießlichkeit anzugehen. "Weniger Staat" sollte zur Leitlinie der Wirtschaftspolitik werden.

Dies sind die großen Aufgaben, die am Übergang zum dritten Jahrtausend vor uns liegen. Sie verbieten den scheinbar bequemen Weg, den Weg des geringsten Widerstandes. Sie weisen den steinigeren, den mühsameren Weg. Sie verbieten es, auf Kosten zukünftiger Generationen weiter von der Substanz zu zehren, und verlangen Realismus und Einsicht in das Notwendige.

Eine CDU-Landesregierung will so schnell wie möglich Haushalte ohne neue zusätzliche Schulden erreichen. In sieben Jahren können wir dieses Ziel erreichen. Diese große Kraftanstrengung sind wir der kommenden, kleiner werdenden Generation schuldig. Die Schulden des Landes werden Ende des Jahres 1996 27,1 Milliarden DM betragen, das sind 56 % mehr als vor 8 Jahren. Für jeden Einwohner sind das zehntausend Mark - eine katastrophale Entwicklung, die so schnell wie möglich zur Umkehr zwingt.

Am Anfang unserer Regierungsarbeit steht daher ein Kassensturz, um die finanziellen Erblasten der Sozialdemokraten aufzudecken. Davon ist abhängig, was tatsächlich in den kommenden Jahren solide bezahlbar ist. Unter diesem Finanzierungsvorbehalt steht auch dieses Regierungsprogramm. Solide Finanzpolitik ist vorrangig. In diesem festen und soliden Rahmen wollen wir die Schwerpunkte unserer Politik setzen.

Wir sind die Schleswig-Holstein-Partei.

Deshalb werben wir für eine neue politische Gemeinschaft zur Lösung der Probleme unseres Landes. Schleswig-Holstein braucht eine neue Verantwortungsgemeinschaft von Parteien, Tarifpartnern, Vereinen und Verbänden, der Regionen und der Generationen, um den Standort Schleswig-Holstein auf den Übergang ins 21. Jahrhundert vorzubereiten und ihn zukunftsfest zu machen. Dafür brauchen wir auch ein neues Gemeinschaftsgefühl, ein Schleswig-Holstein-Gefühl, so wie es zum Beispiel Justus Frantz mit dem Schleswig-Holstein Musik Festival in so unnachahmlicher Weise geschaffen hat. Das ist

unser Ziel als Schleswig-Holstein-Partei. Wir sagen dies und wir tun dies im Bewußtsein unserer Leistungen für unser Land: Die CDU Schleswig-Holstein hat dieses Land 38 Jahre lang politisch geführt und erfolgreich gestaltet. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern haben wir Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg neu aufgebaut. In 38 Jahren CDU-Regierung ist Schleswig-Holstein zu einem modernen und der Zukunft zugewandten Land geworden. Diese Leistungen werden seit 1988 von der SPD-Regierung leichtfertig verspielt.

Eine einmalige politische Leistung war die völlige Integration von mehr als einer Million Flüchtlinge und Vertriebene, die ihre Heimat im Osten nie vergessen werden, die aber im Laufe von fünf Jahrzehnten zu guten Schleswig-Holsteinern geworden sind.

Wir lieben dieses Land, wir lieben unser wiedervereinigtes deutsches Vaterland, und wir sind als die deutsche Europapartei davon überzeugt, daß Deutschland ohne die europäische Einigung seine Existenzgrundlage gefährden würde. Wir wollen an einem historisch ungebrochenen Verhältnis zu unserer Nation als Schutz- und Schicksalsgemeinschaft arbeiten. Wir müssen uns des Gefühls nationaler Zusammengehörigkeit wieder sicherer und gewisser werden. Gemeinsame Werte, auch die nationale Zusammengehörigkeit, verleihen unserem Staat Stabilität.

Unsere nationalen Interessen sind nur im europäischen Zusammenhang gut aufgehoben. Gerade im Europa unserer Tage, dem kein äußerer Zwang Ordnung und Stabilität gibt, ist es wichtig, daß die Zukunft des Friedens für den ganzen Kontinent nur in seiner Verankerung in der westlichen Wertegemeinschaft liegen kann. Die Europäische Union und die nordatlantische Gemeinschaft haben sich daher nicht erledigt, sondern sie sind im Gegenteil die beste Garantie für eine gute Zukunft Europas. Es ist entscheidend auch für eine gute Zukunft Schleswig-Holsteins, alles daranzusetzen, die Integra-

tion Europas unter voller Wahrung des Subsidiaritätsprinzips (= Entscheidungen auf einer möglichst bürgernahen Ebene) soweit es eben geht voranzubringen.

Entscheidende Aufgabe Deutschlands und Schleswig-Holsteins, die nun beide wieder mitten in Europa liegen, ist es, zum Ausgleich beizutragen, auszugleichen zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West. Unser Land Schleswig-Holstein war immer ein Ort des Austausches, ein Ort der Begegnung, zumal zwischen Nord und Süd, jetzt aber auch wieder verstärkt zwischen Ost und West. Wir haben eine wichtige Klammer- und Brückenfunktion. Niemand anders als die CDU Schleswig-Holstein hat den entscheidenden Anstoß zu den Bonn/Kopenhagener Erklärungen gegeben. Damit begann die intensive deutsch-dänische Zusammenarbeit, die verlässliche Nachbarschaft, insbesondere im deutsch-dänischen Grenzgebiet, und ein gedeihliches Miteinander zwischen den nationalen Minderheiten im Landesteil Schleswig und in Nordschleswig.

Niemand hat mehr als die Kieler Landesregierung die Pflicht, den Norden des Landes Schleswig-Holstein, den Norden Deutschlands, zu stärken und dazu beizutragen, den Norden Europas noch viel stärker in den europäischen Einigungsprozeß einzubinden und die Südlastigkeit der Europäischen Union dauerhaft zu beenden. Das Mittelmeer hat für Europas Geschichte eine große Bedeutung, aber die Ostsee hat für sein Zusammenwachsen im Norden jetzt und in Zukunft eine noch viel entscheidendere Funktion.

In dieser Grunderkenntnis unterscheiden wir uns nicht von den Sozialdemokraten. Die SPD Schleswig-Holsteins versagt aber vor der ihr aufgegebenen Ausgleichsfunktion. Sie stärkt den Norden Schleswig-Holsteins nicht, sondern sie läßt es nahezu tatenlos zu, daß das Gefälle zu den strukturstärkeren Teilen unseres Landes immer mehr wächst. Sie freut sich an der neuen Rolle des „Geber-Landes“ im bundesweiten Länderfinanzausgleich und verweigert sich der logi-

schen Erkenntnis, daß dies nur an der noch gegebenen relativen Schwäche der neuen Bundesländer liegt und keinen Bestand haben wird. Die Sozialdemokraten schwätzen ungeheuer viel von Konversion, aber sie tun nichts Entscheidendes, um Alternativen zu ermöglichen. Ihr Markenzeichen ist das Schimpfen auf Bonn, nicht aber die Hilfe zur Selbsthilfe gegenüber den schwächeren Teilen des Landes. Zudem versagen die Sozialdemokraten vor den simpelsten Ansätzen zur besseren Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern, insbesondere mit Hamburg. Das kalte und fast feindselige Nichtverhältnis zwischen den Landesregierungen Schleswig-Holsteins und Hamburgs, die fehlende Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen Parteien dieser aufeinander vielfältig angewiesenen Nachbarländer, die öffentlichen Beschimpfungen zwischen Frau Simonis und Herrn Voscherau schaden unserem Land.

Die CDU Schleswig-Holstein traut es sich zu, diesen unhaltbaren Zustand sofort und grundsätzlich zu verändern. Anstatt über einen „Nordstaat“ zu philosophieren, würde die CDU mit Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern in den Politikbereichen gut und effektiv zusammenarbeiten, in denen das im gemeinsamen Interesse notwendig ist.

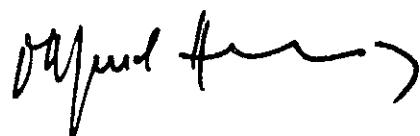
Vornehmste Pflicht einer CDU-geführten Landesregierung ist es, ihrer Ausgleichspflicht im Lande zu entsprechen und die ungleich starken Teile des Landes gleichmäßig zu entwickeln. Dieses übergeordnete Ziel muß bei allen Entscheidungen berücksichtigt und schrittweise verwirklicht werden. Mit dem „Programm Nord“ haben wir diese Politik seinerzeit begonnen. Die SPD hat sich hingegen immer weiter von diesem Ziel entfernt und es zugelassen, daß die Westküste, der Landesteil Schleswig und einige kleinere strukturschwächere Gebiete zurückgefallen sind. Damit wird Schluß sein.

Für diese wichtigen Aufgaben, für die Zukunftsgestaltung Schleswig-Holsteins braucht unser Land mehr Optimismus und Dynamik,

mehr Klartext und mehr Weltoffenheit, weniger Drogen und Gewalt, dafür mehr geistige Orientierung und Erneuerung. Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, in der sich der Einzelne frei entfalten kann, auch und im besonderen in der Verantwortung für den Nächsten und den Mitmenschen überhaupt. Dies erfordert, daß wir Klarheit über unser Wertesystem schaffen. Dazu bedarf es des intensiven Dialogs mit allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, dem wir uns stellen. Wir müssen erkennen, daß in unserer säkularisierten Welt die Suche nach Lebenssinn immer schwieriger wird und die Lebensängste immer größer werden. Dies drückt aus, daß wir ohne einen Kompaß der Werte, ohne ein der Politik zugrunde liegendes Menschenbild keine Orientierung finden. Deshalb sind das "C" in unserem Namen und das christliche Verständnis vom Menschen unser geistiges Fundament. Zu uns gehören wertkonservative Gedanken ebenso wie christlich-soziale Überzeugungen. In diesem Sinne bleibt das "C", was es von Anfang an war: Provokation, Ärgernis; es ist unbequem, Herausforderung und Stein des Anstoßes - dies vor allem in einer Zeit, in der wir eine Ausdünnung der christlichen Substanz erfahren. In dieser Zeit des Werteverlustes und des Werteverfalls ist uns das "C" eine Verpflichtung für eine am Gemeinwohl orientierte politische und programmatische Arbeit der CDU Schleswig-Holstein.

Für diese Ziele stehe ich. Wenn auch Sie sie für richtig halten, bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

Herzlichst
Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Michael Henn".

Kiel, im Januar 1996

Inhaltsverzeichnis

*Vorwort des CDU-Landesvorsitzenden und Kandidaten
für das Amt des Ministerpräsidenten Dr. Ottfried Hennig 5*

I. Zeit für den Wechsel in Schleswig-Holstein 15

II. Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze schaffen 19

<i> Neue Arbeitsplätze durch neue Technologien</i>	<i>20</i>
<i> Schleswig-Holstein für Investitionen attraktiver machen</i>	<i>21</i>
<i> Arbeitsplatzoffensive mit den Tarifpartnern gestalten</i>	<i>22</i>
<i> Schwarzarbeit entschiedener bekämpfen.....</i>	<i>24</i>
<i> Offensive für den Mittelstand starten</i>	<i>24</i>
<i> Schleswig-Holstein als Standort maritimer Technologien stärken</i>	<i>26</i>
<i> Ferienland Schleswig-Holstein ausbauen.....</i>	<i>27</i>
<i> Verkehr modernisieren</i>	<i>28</i>
<i> Position der Verbraucher stärken</i>	<i>32</i>
<i> Wettbewerbsfähigkeit durch günstige Energiepreise stärken.....</i>	<i>32</i>
<i> Wohnungen bauen</i>	<i>33</i>
<i> Sparsame Haushaltsführung sichert Gestaltungs- spielräume für die Zukunft</i>	<i>34</i>

**III. Unsere Umwelt mit den Menschen schützen -
neue Akzente setzen 37**

<i> Unsere Natur mit den Menschen schützen.....</i>	<i>37</i>
--	-----------

<i>Klima schützen - CO2-arme Energieträger fördern</i>	39
<i>Abfallwirtschaft zukunftssicher organisieren - Energiepotentiale nutzen</i>	43
<i>Wasser und Boden schützen</i>	45
<i>Unser Land muß Reinluftgebiet bleiben</i>	46
<i>Tiere sind Mitgeschöpfe</i>	47
IV. Schleswig-Holstein muß wieder sicherer werden	49
<i>Unsere Polizei - Garant der Inneren Sicherheit</i>	49
<i>Recht sichert Freiheit</i>	51
<i>Aufklärung über Sekten verstärken</i>	51
<i>Strafvollzug modern gestalten</i>	52
<i>Mehr Fürsorge für Opfer von Gewalttaten</i>	53
<i>Unterstützung für Feuerwehr und Katastrophenschutz</i>	54
V. Bildung verbessern	55
<i>Das gegliederte Schulwesen - fit für die Zukunft</i>	55
<i>Zukunftssicherung durch berufliche Bildung</i>	62
<i>Die Zukunft der Hochschulen - Hochschulen für die Zukunft</i>	64
<i>Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen</i>	65
<i>Kultur erleben und gestalten</i>	68
<i>Heimatvertriebene und deutsche Aussiedler</i>	70
<i>Medienpolitik</i>	71

VI. Jugend - unsere Zukunft.....	73
<i>Gewaltbereitschaft abbauen helfen</i>	75
<i>Keine Macht den Drogen</i>	77
VII. Gleichberechtigung und Partnerschaft von Frau und Mann	79
<i>Gewalt gegen Frauen ächten</i>	80
<i>Alte Denkgewohnheiten ändern</i>	81
VIII. Den gesellschaftlichen Wandel aktiv gestalten - Solidarität leben	83
<i>Familien unterstützen</i>	84
<i>Lebenserfahrung nutzen.....</i>	86
<i>Gesund werden - gesund bleiben</i>	87
<i>Die Pflegeversicherung - unser Erfolg</i>	89
<i>Pflegeberufe aufwerten</i>	90
<i>Menschen mit Behinderungen gehören in unsere Mitte</i>	90
<i>Gemeinsinn fördern - Ehrenamt aufwerten.....</i>	91
<i>Sport - Garant für Gesundheit und sinnvolle Freizeitgestaltung.....</i>	92
<i>Gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern ...</i>	94
<i>Asyl.....</i>	95
IX. Die Freiheit der Kommunen stärken - öffentli- chen Dienst modernisieren	97
<i>Freiheit der Kommunen stärken</i>	97
<i>Öffentlichen Dienst modernisieren</i>	98
<i>Öffentliches Dienstrecht reformieren.....</i>	99
<i>Landesparlament stärken.....</i>	100

X. Die Ressourcen des Agrarstandorts Schleswig-Holstein zielfreigig weiterentwickeln	103
<i>Den Fischern helfen</i>	108
<i>Jäger und Angler</i>	109
<i>Den ländlichen Raum stärken</i>	110
XI. Unsere Bundeswehr - ein Garant für Frieden und Freiheit	113
XII. Schleswig-Holstein gewinnt durch Europa	115
<i>Schlußwort</i>	117

I. Zeit für den Wechsel in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holsteins Chancen und Möglichkeiten sind groß und vielfältig - doch man muß sie zu nutzen wissen. Acht Jahre SPD-Alleinerrschaft haben unser schönes Land nicht vorangetragen. So wurden

- die Umsetzung wichtiger Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen (z.B. feste Elbquerung) verschleppt,
- der Standort Schleswig-Holstein und seine Bürger durch unsinnige neue Landessteuern auf Wasser und Abfall zusätzlich belastet,
- die Chancen, die in einer verantwortbaren Nutzung von Bio- und Gentechnologie liegen, nicht genutzt,
- der gute Ruf unseres Schleswig-Holstein-Musikfestivals mutwillig beschädigt,
- Bildungschancen durch größer werdende Klassen und weniger Unterricht verschlechtert.

Noch nie hat es so viele Proteste und Demonstrationen von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Politik einer Landesregierung gegeben. Einer SPD-Landesregierung, die 1988 ihre große absolute Mehrheit dadurch erringen konnte, daß führende Repräsentanten um und mit Engholm ihr Wissen in der "Kieler Affäre" 1987 öffentlich falsch darstellten und somit die Bevöl-

kerung täuschten.

Am 24. März 1996 stehen die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins vor der Wahl:

- zwischen einer SPD-Landesregierung, die immer wieder selbstherrlich über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet,
und der *CDU*, die in ihren Entscheidungen Anregungen und Ideen sowie Sorgen und Bedenken der Menschen ernst nimmt,
- zwischen einer SPD-Landesregierung, die notwendige zukunftssichernde Infrastrukturmaßnahmen auf die lange Bank schiebt
und der *CDU*, die den Mut zur Entscheidung hat,
- zwischen einer SPD-Landesregierung, die zum Schaden unseres Landes im Dauerkonflikt mit dem Senat in Hamburg und der Bundesregierung liegt,
und der *CDU*, die die Interessen Schleswig-Holsteins in enger Kooperation im Norden und mit der Bundesregierung unter Helmut Kohl erfolgreich vertreten wird,
- zwischen einer SPD-Landesregierung, die den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein mit unsinnigen Gesetzen zusätzlich belastet, z.B. Wassergroschen und Müllmark,
und der *CDU*, die den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein und die Schaffung neuer Arbeitsplätze voranbringen will,
- zwischen einer SPD-Landesregierung, die Haschisch freigeben und über Apotheken vertreiben will,

und der *CDU*, die den Drogenmißbrauch entschieden bekämpft und deshalb auch weiterhin gegen eine Freigabe von illegalen Drogen ist,

- zwischen einer SPD-Landesregierung, die unserer Polizei keinen ausreichenden politischen Rückhalt gibt und der *CDU*, die die Innere Sicherheit auch durch zusätzliche Polizeibeamte stärken will,
- zwischen einer SPD-Landesregierung, die die Gesamtschule auch in ländlichen Räumen einführt und die Existenz der Haupt- und Realschule gefährdet, und der *CDU*, die das bewährte gegliederte Schulsystem erhalten, weiterentwickeln und die Unterrichtssituation durch die Schaffung neuer Lehrerstellen verbessern will,
- zwischen einer SPD-Landesregierung, die den ländlichen Raum vernachläßigt, und der *CDU*, die gleichwertige Entwicklungschancen für Stadt und Land sicherstellen will.

Am 24. März 1996 haben Sie die Wahl. Schleswig-Holstein braucht wieder eine Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern Bewegungs- und Entfaltungsräume ermöglicht, die staatliche Einflußnahme zurücknimmt, positive Entwicklungen fördert und so die Rahmenbedingungen für einen neuen Aufschwung schafft.

Schleswig-Holstein braucht wieder Zuversicht und Optimismus - dafür steht die *CDU* mit einem tatkräftigen Team von Frauen und Männern und dem Ministerpräsidentenkandidaten Dr. Ottfried Hennig.

II. Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze schaffen

Unsere Hauptaufgabe gilt dem Abbau der viel zu hohen Arbeitslosigkeit. Neue, moderne und dauerhafte Arbeitsplätze entstehen am ehesten durch eine florierende Wirtschaft. Die schleswig-holsteinische *CDU* wird die jeweiligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nutzen, um die heimische Wirtschaft zu kräftigen. Dazu gehört auch, die zu hohe Steuer- und Abgabenlast zurückzuführen. Es bedarf einer *CDU*-Landesregierung, die mit neuem Schwung und Ideen an die Aufgabe herangeht und die nicht durch vielfältige Vorbehalte und Vorurteile gegenüber unternehmerischem Handeln oder durch weitere landeseigene Steuer- und Abgabenlasten das Wirtschaften im Lande erschwert. Es gilt, die durch die Norderweiterung der europäischen Union und durch die marktwirtschaftliche Öffnung Osteuropas gewonnenen Standortvorteile voll und ganz auszuschöpfen. Schleswig-Holstein hat ein hohes Zukunftspotential: Schulen, Hochschulen, qualifizierte Arbeitnehmer und einen leistungsfähigen Mittelstand. Diese noch bestehenden guten Grundvoraussetzungen sind jedoch durch die verfehlte Politik der SPD-Landesregierung grundlegend gefährdet. Eine *CDU*-geführte Landesregierung wird deshalb Veränderungen in wichtigen Feldern der Landespolitik vornehmen, um auch in schwierigen Zeiten die Chance zu nutzen, moderne und sichere Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu schaffen. Das bei Itzehoe auf Initiative der *CDU* entstandene Projekt ISIT mit seiner Kombination von High-Tech-Forschung und Produktion - das nicht nur die ganze Region belebt, sondern in erster Linie dazu beiträgt, die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein auf Dauer zu verbessern.

sern - ist ein Musterbeispiel dafür, wie wir uns diese Entwicklung vorstellen. Im Sinne einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft stellen Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik für die CDU keine Gegensätze dar. Umweltverträgliches Wirtschaften sichert auf Dauer wesentliche Standortvoraussetzungen; wirtschaftliches Wachstum ermöglicht gleichzeitig, daß modernste und umweltfreundliche Technologien eingesetzt werden.

Neue Arbeitsplätze durch neue Technologien

In den nächsten Jahren werden bundesweit Millionen neuer Arbeitsplätze durch den Einsatz neuer Technologien entstehen. Um an dieser Entwicklung teilhaben zu können, will eine CDU-Landesregierung vorrangig die Nutzung des Datenautobahnnetzes in Schleswig-Holstein und die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in neuen Zukunftstechnologien auf allen Ebenen verstärken. So wollen wir zusammen mit der Wirtschaft eine Innovations- und Tele-kommunikationsbörse errichten und eine zeitgerechte und kostengünstige Ausstattung der Bildungseinrichtungen ermöglichen.

Des Weiteren wollen wir durch eine Förderung von neuen, zukunftsweisenden Technologien und Existenzgründungen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Dabei sind für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung:

- eine verantwortbare Nutzung der Bio- und Gentechnologie,
- ein Ausbau der Umwelttechnik,
- eine Weiterentwicklung der regenerativen Energietechnik (Wind, Wasser, Biomasse, Wasserstoff und Photovoltaik)
- und die neuen Felder der Informationstechnik.

Schleswig-Holstein für Investitionen attraktiver machen

Wir wissen, daß **berechenbare** politische Rahmenbedingungen wesentliche Grundvoraussetzung für unternehmerische Investitionsentscheidungen sind.

Deshalb wird eine CDU-Landesregierung

- für Energiepreise sorgen, die Schleswig-Holstein im Wettbewerb stärken, und einer Regionalisierung der Strompreise entgegenwirken,**
- notwendige Infrastrukturmaßnahmen unverzüglich in Angriff nehmen,**
- die Bereitstellung von Austauschflächen über Stadt- und Gemeindegrenzen hinaus erleichtern,**
- Genehmigungsverfahren durch Vereinfachung der Rechtsvorschriften beschleunigen,**
- die "SPD-Sondersteuern" auf Abfall und Grundwasser (Müllmark und Wassergroschen) aufheben,**
- die Bagatellsteuern abschaffen (z.B. Getränkesteuer),**
- sich für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer sowie für eine Senkung der Gewerbeertragssteuer einsetzen. Die Kommunen sollen einen fairen Ausgleich erhalten, der das Interesse an der Ansiedlung von Gewerbebetrieben weiterhin gewährleistet,**
- unserer Wirtschaft beim Export helfen,**
- den Hochschul-, Forschungs- und Technologiestandort**

- **Schleswig-Holstein stärken,**
- **den Bildungsabbau stoppen,**
- **das Bildungs-, Freistellungs- und Qualifizierungsgesetz so fortentwickeln, daß der berufliche Ausbildungsstand der Arbeitnehmer verstärkt den Anforderungen in den Unternehmen entspricht,**
- **das Schleswig-Holstein-Musik-Festival auf eine solide finanzielle Basis stellen und damit als wichtigen Standortvorteil erhalten.**

Zur Herstellung möglichst gleichwertiger Lebensbedingungen in den Regionen unseres Landes wird die *CDU* strukturschwache Gebiete besonders fördern, die einzelbetriebliche Wirtschaftsförderung für den Landesteil Schleswig wieder einsetzen und die Bewilligungsbedingungen reformieren.

Arbeitsplatzoffensive mit den Tarifpartnern gestalten

Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen entscheidend Mitverantwortung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Eine *CDU*-Landesregierung will mit ihnen zusammen die Arbeitslosigkeit entschieden bekämpfen. Unmittelbar nach Regierungsantritt wird eine *CDU*-Landesregierung deshalb Arbeitgeber, Gewerkschaften und Arbeitsverwaltung zu einem **Schleswig-Holstein-Gespräch** mit dem Ziel zusammenführen, flankierende Maßnahmen für den Aufbau neuer Arbeitsplätze zu entwickeln, um damit den Abbau von Arbeitslosigkeit zu fördern, und zwar unter der Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte:

- **Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas,**
- **Verbesserung der norddeutschen Zusammenarbeit,**
- **Entwicklung neuer Produkte und Gewinnung neuer Absatzmärkte,**
- **Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ,**
- **den Einsatz der Arbeitsverwaltung bei der Vermittlung Arbeitsloser auf freiwilliger Basis dorthin, wo Arbeitnehmer durch Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen ausfallen,**
- **Schaffung von modernen Arbeitsplätzen in häuslicher Umgebung,**
- **Steigerung von Ausbildungsbereitschaft,**
- **Förderung von Arbeitnehmererfindungen,**
- **Ausweitung von flexiblen Arbeitszeiten,**
- **Reform des Ladenschlußgesetzes und Aufhebung des Sonntagsbackverbotes.**

Eine besondere Chance für den Abbau von Arbeitslosigkeit liegt auch in der **stärkeren Ausformung der Teilzeitarbeit**. Hier liegen insbesondere Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei ist jedoch darauf zu achten, daß auch die Teilzeitbeschäftigung sozialversicherungspflichtig ausgestaltet wird und den Teilzeitbeschäftigten Fortbildung, Qualifizierung und Aufstieg ermöglicht werden.

Auch der sogenannte **zweite Arbeitsmarkt** kann beim Abbau von Arbeitslosigkeit hilfreich sein. Voraussetzung ist jedoch, daß er eine **Brückefunktion** zum ersten Arbeitsmarkt behält. Eine *CDU*-geführte Landesregierung wird Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes nur in den Bereichen fördern, in denen für die heimische Wirtschaft hierdurch keine zusätzliche Konkurrenz entsteht. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen eröffnen sich hier vor allen Dingen in den Bereichen, die wettbewerbswirtschaftlich noch nicht voll erschlossen sind, und zwar insbesondere in den Bereichen Umweltschutz und Soziales.

Schwarzarbeit entschiedener bekämpfen

Schwarzarbeit ist sozialschädlich. Sie gefährdet und vernichtet Arbeitsplätze. Die Schwarzarbeit gezielt zu bekämpfen, ist Aufgabe der Arbeitsverwaltung, der Steuerbehörden, der Kommunen und des Landes. Eine *CDU*-Landesregierung wird darauf dringen, daß die bereits bestehenden Gesetze zur Bekämpfung der Schwarzarbeit konsequent angewendet werden.

Darüber hinaus muß durch eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast der Anreiz für Schwarzarbeit reduziert werden.

Offensive für den Mittelstand starten

Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Hier befinden sich bzw. entstehen auch die meisten Arbeitsplätze. Neben den traditionellen Bereichen mittelständischer Tätigkeit im Handwerk, Gewerbe, Handel, Fremdenverkehr und in der Landwirtschaft sowie in

freien Berufen verdienen künftig neue mittelständische Tätigkeitsfelder im Dienstleistungsbereich die gleiche Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitik. Die neuen Technologien ermöglichen, daß viele Dienstleistungen vom Standort unabhängig ausgeführt werden können. Wir wollen deshalb attraktive Angebote gerade in wirtschaftsschwachen Landesteilen machen. Auf diese Weise werden wir ebenso für eine ausgewogenere Wirtschaftsstruktur im Lande sorgen wie durch ein Ausschöpfen der vielfältigen Förderprogramme der Europäischen Union. Der Mittelstand in Schleswig-Holstein muß seine Chancen wieder voll nutzen können.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb dafür Sorge tragen, daß

- durch die Einführung eines aktiven Verfahrensmanagements eine deutliche Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Unternehmen erreicht wird,**
- im Rahmen der Förderung von Existenzgründungen insbesondere junger Menschen das eingebrachte Know-How beim Finanzierungsaufbau berücksichtigt wird, um so umsetzbare Ideen ("Geistkapital") beleihbar zu machen,**
- durch eine Änderung des Baurechts die Möglichkeit eröffnet wird, in Industriegebieten, für die ein Bebauungsplan vorliegt, Detailgenehmigungen von einzelnen Umbauten und Erweiterungen zukünftig entfallen zu lassen, sofern diese keiner zusätzlichen Betriebsgenehmigung bedürfen. Anzustreben sind bei gewerblichen Bauvorhaben integrierte Genehmigungsverfahren,**

- eine umfangreiche und intensive Nachwuchsschulung gewährleistet wird, und sich dafür einsetzen, daß die Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wieder mehr als Einheit gesehen wird.

Für die CDU sind ein **leistungsfähiges gegliedertes Bildungssystem** sowie eine qualifizierte und praxisorientierte **berufliche Aus- und Weiterbildung** von überragender Bedeutung für die Entwicklung selbstbewußter, gefestigter Persönlichkeiten und unverzichtbare Voraussetzungen für eine nachhaltige positive Wirtschaftsentwicklung im Lande. Mittelständische Betriebe, die die wichtigsten Träger beruflicher Bildung sind, benötigen für diese Aufgabe geeignete Einrichtungen - wie etwa die Berufsakademie - und langfristig kalkulierbare öffentliche Flankierung.

Schleswig-Holstein als Standort maritimer Technologien stärken

Das Land zwischen den Meeren bietet besondere Standortvorteile für die **Entwicklung neuer zukunftsorientierter maritimer Technologien**. Die Werften im Land sind im Handels- und Marineschiffbau Garanten für Spitzentechnologie im weltweiten Wettbewerb. Deshalb ist in Zusammenarbeit mit dem Bund darauf hinzuwirken, daß Schleswig-Holstein mit seinen leistungsfähigen Werften im Verbund mit den maritimen Forschungseinrichtungen zu einem Schwerpunkt maritimer Ökologie und Entwicklung für Deutschland ausgebaut wird. Eine CDU-Landesregierung wird dafür eintreten, daß auch zukünftig auf den schleswig-holsteinischen Werften Marineschiffe gebaut werden können und ihr Absatz keinen schlechteren Rah-

menbedingungen unterworfen wird als in anderen Ländern der EU. Wir wollen zusammen mit unseren Werften und Entsorgungsunternehmen Schleswig-Holstein zum Standort einer umfassenden Entsorgungs- und Wiederverwertungswirtschaft z.B. für Ölplattformen ausbauen.

Ferienland Schleswig-Holstein ausbauen

Unser Land zwischen den Meeren ist eines der beliebtesten Urlaubsziele. Angesichts des sich weiter verschärfenden Wettbewerbs kommt es zukünftig besonders darauf an, die **Entwicklung von anspruchsvollen, umweltgerechten und naturnahen Urlaubsangeboten zu fördern**. Auch deshalb drängen wir nachdrücklich auf eine schnelle Umsetzung der internationalen Abmachungen zum Schutz von Nord- und Ostsee.

Eine CDU-Landesregierung wird den Fremdenverkehr mit seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung unterstützen, und zwar durch

- **eine nachhaltige Verbesserung der touristischen Qualitäts- und Servicestandards,**
- **die Förderung einer nachfragegerechten und sozialverträglichen touristischen Infrastruktur,**
- **eine flankierende, imagebildende Kampagne ("Urlaub in Schleswig-Holstein"),**
- **die Erarbeitung eines ökologisch ausgerichteten und ökonomisch sinnvollen Verkehrskonzeptes, das den Urlaubern die gewünschte Mobilität erhält und einen vorrangigen Ausbau der Radwanderwege,**

- **wissenschaftliche Begleitung im Bereich Fremdenverkehr und Naherholung.**

Verkehr modernisieren

Nur mit einer **zukunftsorientierten Verkehrsinfrastruktur** kann Schleswig-Holstein an den Chancen für neue Arbeitsplätze teilhaben, die sich durch die Norderweiterung der Europäischen Union und durch die Öffnung der Grenzen und Märkte Osteuropas ergeben. Dabei müssen die Verkehrssysteme so gestaltet werden, daß sie aufeinander abgestimmt sind, den menschlichen Bedürfnissen nach Bewegungsfreiheit Rechnung tragen und gleichzeitig **durch modernste Verkehrstechnologien Umweltbelastungen reduzieren**. So unabwendbar notwendig hierzu **Straßenneu- und -ausbauten** auch sind, so stößt der Straßenbau auch aus ökologischen Gründen an seine Grenzen. Aktive Lärmschutzmaßnahmen sind eine vorsorgende Pflicht zur Erhaltung der Gesundheit der Bürger.

Eine *CDU-Landesregierung* wird deshalb Anstrengungen unternehmen, um den **SPNV (Schienen-Personen-Nah-Verkehr) in der Attraktivität zu steigern** und eine **stärkere Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die Schiene** zu erreichen. Auch vor diesem Hintergrund sollte es verstärkt Angebote nach dem Prinzip der “rollenden Landstraße” geben. Gleichwohl kommen wir gerade im Flächenland Schleswig-Holstein an der Tatsache nicht vorbei, daß für den Güter- und für den Personenverkehr die Straße der bei weitem wichtigste Transportweg ist und absehbar bleiben wird.

Um die Verkehre der Zukunft aufnehmen zu können, sind folgende Infrastrukturmaßnahmen notwendig:

- **Zügige Realisierung der Magnetschwebebahn Transrapid auf der Strecke Hamburg-Berlin mit einem Bedarfshaltepunkt in Schleswig-Holstein,**
- **Fortsetzung der Elektrifizierung der Bahn von Hamburg nach Puttgarden und auf der Marschenbahn Hamburg-Heide-Niebüll-Esbjerg,**
- **Steigerung der Attraktivität des Schienenregionalverkehrs durch Verbesserung des Schienennetzes, Aufbau eines Ringverkehrs und Einsatz modernster Schienenfahrzeuge, um die Reisezeiten mit der Bahn so zu verkürzen, daß man auf der Schiene schneller ist als mit dem PKW,**
- **zweigleisiger Ausbau und eine Begradigung der Streckenführung nach Puttgarden,**
- **neue Formen des Containertransportes auf der Schiene und andere Formen des kombinierten Verkehrs,**
- **rascherer und sicherer Gütertransport durch Einrichtung der Güterumgehungsbahn Hamburg,**
- **Anbindung des Landes nach Osten über die Ostseeautobahn und deren vierstreifige Weiterführung nach Westen,**
- **eine feste Elbquerung stromabwärts von Hamburg,**

- **landfeste Verbindungen über den Fehmarn-Belt nach Dänemark,**
- **schneller vierstreifiger Ausbau der B 404 zwischen Kiel und der Autobahn A 24 Hamburg-Berlin.**

Darüber hinaus sollte eine Weiterführung der Autobahn 210 von Kiel über Rendsburg hinaus nach Heide sowie ein sechspriger Ausbau der A7 zwischen Dreieck Bordesholm und dem Kreuz Hamburg Nord-West im Zuge der Verwirklichung der festen Belt-Querung angestrebt werden.

Innerhalb des Landes besteht ein ausreichendes Straßennetz, das nur noch an einigen Stellen eine Ergänzung oder einen **Ausbau von Ortsumgehungen** erfordert. Ortsumgehungen sind vor allem in Gemeinden mit starkem Durchgangsverkehr erforderlich, um das Unfallrisiko, Staus und die Lärmbelastung für die Bewohner zu reduzieren. Bei den Landesstraßen kommt es darauf an, den verkehrssicheren Ausbau zu gewährleisten und dieses **Straßennetz pfleglich und zeitgerecht zu unterhalten. Der sich verschlechternde Zustand von Landesstraßen ist durch die SPD-Landesregierung zu verantworten.** Eine CDU-geführte Landesregierung wird dies ändern. Sie wird auch dafür Sorge tragen, daß Schleswig-Holstein zugeschickte Bundesmittel für den Straßenbau in vollem Umfang in Anspruch genommen werden.

In Anbetracht des Wachstums im Flugverkehr für Personen und Güter sowie der sich erschöpfenden Kapazität von Fuhlsbüttel muß die Option für den **rechtzeitigen Bau eines Ersatzflughafens Kaltenkirchen** aufrecht erhalten werden. Unsere Regionalflughäfen in Kiel, Lübeck, Flensburg und Westerland

haben auf Dauer eine Berechtigung, wenn sie sich in fairem Wettbewerb behaupten können. Langfristig jedoch sind den Kurzstrecken-Flugverkehren ökologisch überlegene Schnellbahnsysteme vorzuziehen.

Bei zunehmender Enge der Landwege gewinnen Wasserwege an Bedeutung. Schleswig-Holstein mit seinen Häfen an Nord- und Ostsee sowie am Nord-Ostsee-Kanal muß diesen Standortvorteil ausnutzen. Dazu bedarf es nicht nur des **Ausbau von Hafenkapazität** und in Abstimmung mit den norddeutschen Nachbarn einer Verbesserung der Schienenanbindung der Häfen in Lübeck, Brunsbüttel und Kiel, sondern eines integrierten Konzeptes, das weit über den Verkehrsinfrastruktursektor hinausreicht und intensive Forschungs- und Entwicklungsarbeit sowohl auf den Gebieten der Transportmittel als auch der Logistik erfordert. Eine CDU-Landesregierung wird diese neuen Möglichkeiten, die auch große Arbeitsplatzchancen beinhalten, entschieden fördern und auch den **Ausbau von Güterverkehr auf dem Wasser** unterstützen.

Zur Entlastung des Verkehrsträgers Straße kann ein **Konzept der "schnellen Schiene"** beitragen. Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung dafür Sorge tragen, daß den Bürgerinnen und Bürgern eine wettbewerbsfähige Alternative im schienengebundenen Personenverkehr angeboten wird. Dies ist eine Herausforderung für die landesweite Verkehrsservicegesellschaft.

Dem **ÖPNV (Öffentlichen Personennahverkehr)** soll mit **Kreativität zusätzliche Attraktivität** eingeräumt werden, um eine stärkere Nutzung insbesondere im täglichen Berufsverkehr zu erreichen. Deshalb empfehlen wir moderne Park-Zen-

tren für PKW sowie für Fahrräder am Rande unserer Städte. Eine CDU-geführte Landesregierung wird den weiteren Ausbau eines bedarfsgerechten Fahrradwegnetzes vorantreiben. Der Vorrang gilt Streckenabschnitten, die zugleich den Schülerverkehr sicherer machen. Weiter werden wir die Hamburger Randkreise bei der Regelung des ÖPNV unterstützen.

Position der Verbraucher stärken

Durch eine Verstärkung der Verbraucheraufklärung wollen wir die Transparenz für Einkaufs- und Investitionsentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger in allen Landesteilen verbessern. Dabei erhalten neben der Information über Produkte und deren Preise die Umwelt-, Ernährungs-, Energie- und Schuldnerberatung zunehmende Bedeutung.

Wettbewerbsfähigkeit durch günstige Energiepreise stärken

Eine **umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung** spielt bei der Beurteilung der Attraktivität auch des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein eine entscheidende Rolle. Schon heute liegen die Strompreise in unserem Land wesentlich höher als in den meisten Industrieländern, mit denen wir im Wettbewerb stehen. Deshalb erteilt die CDU weiteren einseitigen Kostenbelastungen, wie sie von der SPD und den Grünen geplant sind, eine eindeutige Absage. Der **Energiemix** - aus Kohle, Erdöl, Erdgas, Kernenergie und regenerativen Energien - ist im Verbund mit einer rationellen Energieverwendung und verstärktem Energiesparen derzeit der optimale Kompromiß zwischen den ökonomisch notwendigen

und den ökologisch vertretbaren Anforderungen an eine moderne, umweltverträgliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung.

Wohnungen bauen

Ziel der *CDU* ist es, möglichst **schnell und bedarfsgerecht bezahlbare Wohnungen zu bauen**.

Diese Aufgabe ist durch Bereitstellung von öffentlichen Mitteln allein nicht zu leisten. Notwendig ist es daher, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß private Investoren bereit sind, im Wohnungsbau zu investieren. Wir wollen daher mit unserer Politik ein Klima schaffen, in dem der Investor darauf vertrauen kann, daß sich seine Investition mittel- und langfristig lohnt. Eine **CDU-Landesregierung wird**

- **sich vorrangig für den sozialen Wohnungsbau im Rahmen der einkunftsorientierten Förderung einsetzen,**
- **die Förderung von Eigenheimen, insbesondere zugunsten junger Familien, verstärken, denn Eigenheimbau macht Mietwohnungen für andere frei und sichert Arbeitsplätze,**
- **landesplanerische Richtwerte für den Wohnungsbau in den Gemeinden erweitern,**
- **den Bau behindertengerechten Wohnraums fördern,**
- **überflüssige und kostentreibende Reglementierungen weiter abbauen, insbesondere im sozialen Wohnungs-**

- bau kostengünstigere Bauweisen zulassen,
- den Bau neuer Studentenwohnheime fördern.

In Zusammenarbeit mit den Kommunen wird sich eine *CDU*-Landesregierung ferner dafür einsetzen, daß rechtzeitig und nach sorgfältiger Bedarfsermittlung ausreichend Flächen für den Wohnungsbau planerisch ausgewiesen und diese **Bauflächen wirtschaftlich, umweltverträglich und sparsam erschlossen** werden.

Sparsame Haushaltsführung sichert Gestaltungsspielräume für die Zukunft

Schleswig-Holstein ist eines der am höchsten verschuldeten Flächenländer der alten Bundesländer nach dem Saarland. Der von der SPD-Landesregierung zu verantwortende Schuldenzuwachs beträgt fast 10 Mrd. DM (von 17,5 auf 27,2 Mrd. DM Ende 1996). Die Folgen dieser hohen Verschuldung sind eine zunehmende Belastung des Haushalts durch den Schuldendienst und eine erhebliche Einschränkung des finanziellen Handlungsspielraums unseres Landes. Zur Zeit reichen noch nicht einmal die jährlich neu aufgenommenen Kreditbeträge aus, um die laufenden Zinsen zu bezahlen. Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Wirtschaft und für Wachstum ist jedoch eine **steigende und verlässliche Finanzpolitik** unverzichtbar.

Eine *CDU*-Landesregierung wird deshalb die öffentliche Haushaltspolitik in erster Linie darauf ausrichten, **umweltverträgliches Wirtschaftswachstum zu unterstützen**. Denn je höhere Wachstumsraten wir erreichen, desto eher werden wir die **Konsolidierung der Staatsfinanzen** schaffen und desto schnel-

ler wird der Staatsanteil wieder gesenkt werden können. Um ein ungeschöntes Bild vom Ausmaß der tatsächlichen Verschuldung des Landes zu erhalten, werden wir unmittelbar nach Regierungsantritt einen Kassensturz vornehmen. **Dabei wird eine CDU-Landesregierung insbesondere**

- **den Zuwachs der Ausgaben des Landes an den Empfehlungen des Finanzplanungsrates ausrichten,**
- **die Planstellen im Landesdienst reduzieren und neue Stellen nur in besonders begründeten Fällen einrichten,**
- **die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vorantreiben,**
- **alle Landesleistungen auf den Prüfstand stellen und nur fortsetzen, wenn der Mitteleinsatz beweisbar sinnvoll ist,**
- **dezentrale Mittelbewirtschaftung verstärkt im Landshaushalt dort einführen, wo sie zur effizienteren Mittelverwendung führt,**
- **bindende Verpflichtungen für die Folgejahre zurückführen, um Gestaltungsspielräume für die Zukunft zu sichern,**
- **Steuergerechtigkeit erhöhen, vor allem durch eine bessere technische Ausstattung der Finanzämter mit dem Ziel der schnelleren Bearbeitung von Steuererklärungen,**
- **Betriebs- und Außenprüfungen im Sinne einer größeren Steuergerechtigkeit und zur Sicherung von Steuereinnahmen intensivieren.**

III. Unsere Umwelt mit den Menschen schützen - neue Akzente setzen

Effektiver Umwelt- und Naturschutz kann nur erreicht werden, wenn sich der Mensch als Teil der Umwelt versteht und sich seiner Verantwortung und der Auswirkungen seines Handelns für Natur und Umwelt bewußt ist. Wir sind überzeugt, daß nur die marktwirtschaftliche Ordnung den Fortschritt unserer Produktions- und Lebensweise bewirken kann und zugleich Wohlstand und Umwelt als Einheit ermöglicht. Wir treten für die ökologische und soziale Marktwirtschaft ein, die wir so fortentwickeln wollen, daß die persönliche Initiative gestärkt, immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht und die Umwelt wirksam geschützt wird. Durch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente entstehen die Kostenvorteile bei Wirtschaft und Verbrauchern und nicht beim Staat. Er darf nicht am Umweltschutz der Bürger verdienen. Seine Aufgabe ist es, durch die Schaffung des Rahmens dafür zu sorgen, daß Umweltschäden erst gar nicht entstehen. Wir wollen durch unsere marktwirtschaftliche Umweltpolitik nicht dem Staat zusätzliche Einnahmequellen erschließen und damit die finanziellen Belastungen des Einzelnen steigern. Jeder dennoch notwendigen Belastung muß eine Entlastung an anderer Stelle folgen.

Unsere Natur mit den Menschen schützen

Ziel der Naturschutzpolitik einer CDU-Landesregierung ist die **Sicherung und Entwicklung der Natur- und Kulturlandschaften** als Lebensraum für den Menschen und für alle ande-

ren Lebewesen in ihrer ganzen Vielfalt.

Wir wollen die von Eiszeiten, Wind und Wasser geformte und über Jahrhunderte von Menschen gestaltete Landschaft Schleswig-Holsteins in ihrer besonderen Vielfalt, Schönheit und Eigenart schützen, pflegen und entwickeln. In jedem Naturraum des Landes sollen die typischen Ökosysteme vorhanden sein, so daß die heimische Tier- und Pflanzenwelt in überlebensfähigen Populationen erhalten bleibt. Bei uns haben großflächige **naturahe Strukturen in einer Kulturlandschaft** deshalb Vorrang vor einem rigorosen Reservatsdenken mit willkürlichen Prozentvorgaben. Im Gegensatz zur SPD, die dem Biotopverbund eine alles überragende Bedeutung zukommen lassen und für Flächenankäufe Unsummen öffentlicher Mittel ausgeben will, muß es vorrangig um die **Erhaltung, Wiederherstellung und naturverträgliche Bewirtschaftung großer, störungsarmer Lebensräume** gehen. Wichtigstes Instrument zur Erreichung dieses Ziels ist der **Vertragsnaturschutz auf freiwilliger Basis. In diesem Sinne wird eine CDU-Landesregierung das Landesnaturschutzgesetz grund neu überarbeiten,**

- **die Eigentumsrechte stärker wahren,**
- **das Prinzip der Freiwilligkeit und des Vertragsnaturschutzes in den Vordergrund stellen,**
- **das private Engagement stärken,**
- **im Geiste wirklicher Partnerschaft die Zusammenarbeit zwischen amtlichem, ehrenamtlichem Naturschutz und den vor Ort lebenden Menschen verbessern.**

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen bedarf einer stärker vorsorgenden Vorausschau, die auch in der Landesplanung ihren Niederschlag finden muß. Eine zwischen dem Land, den Kreisen und kreisfreien Städten sowie Gemeinden abgestimmte Naturschutzfachplanung soll mit dazu dienen, Flächenversiegelung dort zu vermeiden, wo sie für den Naturhaushalt und damit auch für den Menschen langfristig schädlich wäre. **Eine CDU-Regierung wird die Untätigkeit der SPD auf diesem Feld beenden, sie wird**

- **ein Landschaftsprogramm aufstellen,**
- **die notwendige Landschaftsplanung vereinfachen und kostengünstiger gestalten.**

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die auf die einzelnen Regionen unseres Landes bezogenen Naturschutzvorhaben der verschiedenen Ebenen (EU, Bund, Land, Kommunen) für den Bürger transparent dargelegt werden. Bei Ausweisung von Vorranggebieten im Rahmen der Landschaftsplanung wollen wir erreichen, daß diese in Extensivierungs- und Stillegungsprogramme der EU aufgenommen werden.

Klima schützen - CO₂-arme Energieträger fördern

Die Erwärmung der Erdatmosphäre durch den übermäßigen Ausstoß von Kohlendioxyd (CO₂) ist gerade auch für uns, das Land zwischen den Meeren, eine besondere Bedrohung durch den mit der Erwärmung verbundenen Anstieg des Meeresspiegels. Wir begrüßen deshalb die Selbstverpflichtung der Bundesregierung und der Wirtschaft, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahre 2005 um 25% im Vergleich zu 1990 abzusenken. Aber

nicht nur der Bund und die Wirtschaft sind gefordert, auch Länder, Kommunen und alle Bürger müssen ihren Beitrag leisten. Wir wollen einen **verstärkten Einsatz der klima- und ressourcenschonenden regenerativen Energien** erreichen. Dazu wird eine **CDU-Landesregierung**

- **planungsrechtliche Erleichterungen für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung schaffen, die mit regenerativen Energieträgern gespeist werden,**
- **die Nutzung der Windenergie unter der Beachtung der kommunalen Planungshoheit ermöglichen, aber ungeordneten Wildwuchs durch die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen verhindern,**
- **mit den Kommunen darauf hinwirken, daß in Bebauungsplänen auf den Anschluß an Wärmeverbundnetze hingewirkt wird,**
- **darauf hinwirken, daß den Kommunen erweiterte Kompetenzen zum Klimaschutz zustehen,**
- **die Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen (vor allem Stroh und Holz) fördern sowie Subventionen zur Erreichung der Marktreife degressiv gestalten,**
- **Forschungsanstrengungen auf den Gebieten Brennstoffzellen und Wasserstofftechnik fördern,**
- **für eine verstärkte Aus- und Umrüstung öffentlicher Gebäude mit Solaranlagen Sorge tragen. Hiervon kann auch die Solarzellenproduktion im Lande profitieren,**

- **die Erziehung zum umweltgerechten Verhalten in den Lehrplänen aller Schularten verankern.**

Klimaschutz und Ressourcenschonung erfordern ferner verstärkte Anstrengungen zum **Energiesparen**. Dazu bestehen auf Landesebene breite Betätigungsmöglichkeiten. Wir werden uns dafür einsetzen, daß in öffentlichen Einrichtungen - insbesondere in Landesdienststellen - deutlich mehr Energie eingespart wird. Wir werden auf diese Weise Beispiele auch für den privaten Bereich setzen. Wir werden **sinnvolle Projekte der rationellen Energienutzung und Energieeinsparung** - wie Kraftwärmekoppelung, die verbesserte Wärmedämmung vorhandener Gebäude sowie die Errichtung von Niedrigenergiehäusern - voranbringen.

Wir wissen zugleich, daß sowohl aus Gründen der Versorgungssicherheit als auch der Wirtschaftlichkeit unsere Energieversorgung nicht allein auf regenerative Energien abgestützt werden kann, selbst bei Ausschöpfung aller Einsparungspotentiale. Wir benötigen deshalb auch weiterhin **auf absehbare Zeit fossile Energien und die CO₂-arme Kernenergie**. Diese Form der Energiegewinnung stellt für uns eine Übergangstechnologie dar. Sie leistet jedoch einen wichtigen Beitrag zur Deckung der Grundlast bei der Stromversorgung und als CO₂-freier Energieträger auch zum Klimaschutz.

Der Straßenverkehr ist einer der größten Produzenten von klimaschädigenden Abgasen. Wir wollen zusammen mit der Bundesregierung erreichen, daß spätestens **ab dem Jahr 2000 nur noch schadstoffarme Kraftfahrzeuge am Verkehr teilnehmen und der durchschnittliche Verbrauch (Flottenverbrauch) neuer PKW unter 5 Litern/100 km liegt**. Der Verlagerung

des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraßen sowie des Individualverkehrs auf öffentliche Nahverkehrsträger kommt somit eine hohe Bedeutung zu. So kann das Ozon-Problem (Sommer-Smog) wirksam bekämpft werden.

Zur Verminderung von motorisiertem Individualverkehr bedarf es nicht nur einer verstärkten Attraktivität des ÖPNV, sondern auch einer entsprechenden **Verkehrsgestaltung im Nahbereich**. Diese muß insbesondere auf Fußgänger und Radfahrer stärker Rücksicht nehmen. Gerade Kinder, ältere und behinderte Menschen sind auf sichere Fußwege, Fußgängerüberwege und Radwege angewiesen. Der erfreulicherweise gewachsenen Beliebtheit des umweltschonenden Fahrrades muß durch inner- und zwischenörtliche Radwege sowie durch ein **Netz von Radwanderwegen** Rechnung getragen werden.

Die bisherige strikte Trennung zwischen Arbeits- und Wohnbereichen, die oft weit auseinanderliegen, verursacht entsprechende Verkehrsaufkommen. Eine *CDU*-geführte Landesregierung wird deshalb die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß **Arbeits- und Wohnbereiche wieder enger zusammenrücken können**.

Darüber hinaus eröffnen die neuen Telekommunikationsdienste gerade im Dienstleistungsbereich neue Möglichkeiten, die den Transport von Personen und Gütern zusätzlich reduzieren und die Nachteile peripherer Lagen überwinden helfen können. Deshalb wird eine *CDU*-geführte Landesregierung alles unternehmen, um die vielen **Vorteile neuer Datenautobahnen auszuschöpfen** zu können.

Abfallwirtschaft zukunftssicher organisieren - Energiepotentiale nutzen

In der Entsorgung von Restabfällen ist Stillstand zum bedauerlichen Markenzeichen der SPD-Politik geworden. So hat es die SPD-Landesregierung bis heute nicht vermocht, Verbundlösungen zu entwickeln und den Abfallentsorgungsplan des Landes zu modernisieren.

Die CDU wird

- **unmittelbar nach Regierungsübernahme ein Sofortprogramm Abfallwirtschaft vorlegen,**
- **die moderne und umweltfreundliche Verbrennungs-technologie fördern,**
- **die thermische Verwertung zur Energiegewinnung nutzen,**
- **sich für eine stärkere Privatisierung der Abfallwirtschaft einzusetzen.**

Die CDU fühlt sich dem Grundsatz "Vermeiden-Verwerten-zukunftssicher Endlagern" verpflichtet. Nicht wiederverwertbare Abfallstoffe sollen in einer landes- und kreisgrenzenübergreifenden Kooperation entsorgt werden. Unser Ziel ist es, alle nicht mehr verwertbaren Restabfälle durch den Einsatz moderner und umweltfreundlicher Verbrennungsöfen zu entsorgen und so bisher übliche Hausmülldeponien zu vermeiden. Die sogenannten "kalten Verfahren" leisten dies nicht. Nur die nach der thermischen Behandlung anfallenden Reste geben weder an den Boden, noch an die Luft noch an das Wasser Schadstof-

fe in relevanten Mengen ab und können deswegen entweder sicher endgelagert oder aber auch wiederverwertet werden (z.B. im Straßenbau). Die thermische Verwertung von Restabfällen bedeutet aber nicht nur die Vernichtung von Schadstoffen sondern ermöglicht auch, fossile Ressourcen zu sparen. So tritt die *CDU* für eine **Koppelung der thermischen Verwertung und der Ausnutzung der dabei entstehenden Wärme** ein.

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz der Bundesregierung wird über die Produkthaftung neue Herausforderungen an die Wirtschaft stellen. Fragen der Ökonomie der Abfallwirtschaft werden in Deutschland fast gar nicht untersucht und gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Eine *CDU*-geführte Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den einschlägig forschungsorientierten Unternehmen diese Lücke schließen.

Die *CDU* tritt generell für eine Privatisierung der Abfallwirtschaft ein. Die Aufgaben der Abfallwirtschaft können von Firmen, die im Wettbewerb stehen, innovativer und kostengünstiger gelöst werden als von Ämtern und Behörden. Davon profitiert jeder Bürger als Gebührenzahler.

Die Klärschlammensorgung wird in Schleswig-Holstein zunehmend zu einem Problem, wenn es nicht gelingt, die Schadstoffe daraus fernzuhalten. Durch die Verbesserung der Abwasserreinigung wird dieses Problem noch verschärft. Wir müssen den Klärschlamm von Schadstoffen soweit wie möglich freihalten, um ihn auch in Zukunft landwirtschaftlich verwerten und in den ökologischen Kreislauf zurückführen zu können. Darüber hinaus müssen auch technische Möglichkeiten zur Klärschlammensorgung genutzt werden.

Wasser und Boden schützen

Mit Unterstützung des Bundes und des Landes ist es Gemeinden, Städten und Betrieben gelungen, die Abwässer besser zu reinigen. Dies bedeutet eine wesentliche Entlastung unserer Flüsse und vor allem unserer Binnenseen und Küstengewässer an Nord- und Ostsee, deren Schutz wir verstärken wollen. Eine verstärkte **Privatisierung und Loslösung der Abwasserwirtschaft aus öffentlichen Haushalten** kann helfen, den notwendigen technischen Fortschritt zu fördern und Kosten - auch für die Bürger - zu senken. Darüber hinaus können Uferrandstreifenprogramme - flexibel auf freiwilliger Basis - helfen, Nährstoffeinträge in Gewässer zu verringern; sie sollen deshalb verstärkt in Natur- und Gewässerschutzverträgen angeboten werden. Rückhaltebecken für Niederschlagswasser und Retentionsbecken sollen zur Vorbeugung von Überflutungen und Hochwasser geschaffen werden.

Größere Anstrengungen sind bei uns in Schleswig-Holstein vor allem für den **Schutz des Grundwassers** notwendig. Dabei herrscht kein Grundwassermangel, aber in einigen Teilen des Landes gibt es eine besorgniserregende Belastung mit Schad- bzw. Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln. Die SPD-Landesregierung hat dabei ihr Versprechen nicht eingehalten, umfangreich zusätzliche Wasserschutzgebiete auszuweisen. Eine CDU-Landesregierung wird dies ändern und durch eine Stärkung des **Vertragsgrundwasserschutzes** dazu beitragen, daß weniger Schad- und Nährstoffe in das Grundwasser gelangen können. Bodeninformationssysteme und Bodenschutzkataster sollen frühzeitig über Belastungen informieren und Gegenmaßnahmen ermöglichen.

Eine CDU-Landesregierung will hierzu insbesondere einen Landeswasserrat einrichten, der sich aus Vertretern von Wissenschaft, Wasserversorgungswerken, Landwirtschaft, Wirtschaft und Verbrauchern sowie der Fachverwaltung zusammensetzt; er soll die Empfehlungen erarbeiten, die dann vor Ort je nach Gegebenheit umzusetzen sind. In regelmäßigen Abständen soll ein Weißbuch zur Grundwasserbelastung erstellt werden, damit jeder Bürger Einsicht in die Qualität des Lebensmittels "Trinkwasser" hat.

Beratungen zum Gewässer- und Bodenschutz sowie entsprechende Maßnahmen der Kontrolle und Selbstüberwachung sollen verstärkt auf die Städte, Ämter und Gemeinden übertragen werden.

Unser Land muß Reinluftgebiet bleiben

Selbst in unserer windreichen Region, die allgemein als Reinluftgebiet gilt, sind Belastungen und Schädigungen zu beobachten, die auf Luftschadstoffe zurückzuführen sind. Insbesondere unsere Wälder und andere naturnahe Biotope sind hiervon betroffen. Wir wissen, daß die nachhaltige Reinhaltung unserer Luft nur in abgestimmten nationalen und internationalen Konzepten erreicht werden kann, gleichwohl müssen diese Bemühungen durch wirksame Maßnahmen des Landes ergänzt werden.

Eine CDU-Landesregierung wird deshalb

- das lufthygienische Überwachungsnetz verbessern,**
- die Aufforstung vorantreiben und Pflegeprogramme ausweiten, derartige Aufforstungsmaßnahmen dürfen als Ersatz und Ausgleichsmaßnahmen angerechnet werden,**

- ein Alleen-Programm auflegen,
- die Entwässerung und Mineralisierung der Moore stoppen,
- Schadstoffbelastung durch die Förderung emissionsarmer Energieerzeugung absenken.

Darüber hinaus wollen wir zusammen mit der Landwirtschaft ein Programm zur Verringerung der Stickstoffemissionen erarbeiten. Hierzu wollen wir insbesondere auch Untersuchungen und Pilotprojekte zur energetischen Nutzung der Gülle auf den Weg bringen.

Tiere sind Mitgeschöpfe

Die Achtung vor der Schöpfung bedingt auch einen verantwortlichen Umgang mit Tieren. Dieser muß ethischen Grundsätzen entsprechen, nach denen Tiere als Mitgeschöpfe anerkannt sind. Wir treten deshalb für eine **artgerechte Tierhaltung** ein und wenden uns außerdem mit Nachdruck gegen die skandalöse Haltung von EU-Mitgliedstaaten bei den Langstreckentransporten von Schlachtvieh.

Wir treten für die **Beschränkung der Tierversuche** auf das unverzichtbare Maß ein. Dazu werden wir auch bei anzeigenpflichtigen Tierversuchen die zuständigen Behörden in die Lage versetzen, qualifiziert und schnell prüfen zu können, ob die Versuche unerlässlich und ethisch vertretbar und neu sind. Eine CDU-Landesregierung wird nur noch dann Tierversuche genehmigen, wenn es keine gleichwertigen Möglichkeiten wissenschaftlicher Forschung gibt.

IV. Schleswig-Holstein muß wieder sicherer werden

Sicherheit von Leib, Leben und Eigentum ist Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Bürger in einen funktionsfähigen Rechtsstaat. Schleswig-Holstein liegt derzeit in der Kriminalitätsbelastung mit an der Spitze aller Flächenländer der Bundesrepublik.

Eine **CDU-Landesregierung** wird daher die **Bekämpfung jeder Form von Kriminalität zu einer der zentralen Aufgaben ihrer Politik machen**. Die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit ist staatliche Aufgabe, aber auch eine Herausforderung der Gesellschaft insgesamt.

Unsere Polizei - Garant der Inneren Sicherheit

Unsere Polizei kann die ihr gestellten Aufgaben nur dann erfolgreich bewältigen, wenn sie

- sorgfältig und umfassend ausgebildet ist,
- über die bestmögliche technische Ausstattung verfügt und
- sich des Rückhalts der Politik gewiß sein kann.

Eine CDU-Landesregierung wird deshalb

- **nach Maßgabe des Haushalts die zweigeteilte Laufbahn fortsetzen,**
- **die technische Ausstattung auf den notwendigen Stand bringen,**

- die Polizeireiterstaffel wieder aktivieren,
- das Landespolizeirecht mit dem Ziel neufassen, eindeutige Rechtsgrundlagen für das Handeln der Polizei auch für den Schutz der öffentlichen Ordnung zu schaffen,
- die Zusammenarbeit der Küstenwache Schleswig-Holstein mit der Küstenwache des Bundes fördern und die Einrichtung des Küstenwachzentrums in Neustadt/Holstein beibehalten,
- den Ausbau der kriminalpräventiven Räte unter Mitwirkung der kommunalen Gremien und Bürgerbewegungen fördern.

Unser politisches Ziel ist es, die Personalstärke der Polizei stetig so zu verbessern, daß so schnell wie möglich **500 Polizeibeamte mehr** als heute im Einsatz sind.

Wir wollen die Arbeit unserer Polizei mehr als bisher auf die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung und die Straftatenverfolgung konzentrieren. Auch aus wirtschaftlichen Überlegungen sollte die Polizei von Verwaltungsarbeiten und polizeifremden Tätigkeiten entlastet werden.

Zur Unterstützung und Entlastung der Polizei will eine *CDU-Landesregierung* in enger Abstimmung mit den Interessenvertretungen der Polizei einen Modellversuch "freiwilliger Polizeidienst" vorbereiten und dabei die positiven Erfahrungen mit ehrenamtlichen Helfern beim Brand- und Katastrophenschutz nutzen. Eine *CDU-Landesregierung* wird darüber hinaus prüfen, inwieweit ein befristeter Polizeidienst auch unter Anrechnung auf den Grundwehrdienst möglich ist.

Recht sichert Freiheit

Wir nehmen das Gewaltmonopol des Staates ernst. Rechtsfreie Räume wie die Hafenstraße in Hamburg und Chaostage wie in Hannover darf es in Schleswig-Holstein nicht geben. Die Innere Sicherheit kann nicht allein durch die Arbeit der Polizei verbessert werden. **Die Arbeit der Polizei muß getragen sein von einer dem Bürger verständlichen Rechtsordnung, die eindeutig zwischen richtig und falsch trennt.** Je klarer dies geschieht und je konsequenter Polizei und Justiz auf die Einhaltung der Normen drängen, desto größer ist die Chance, daß Menschen - vor allem junge Menschen - Anfechtungen widerstehen und rechtstreu bleiben. Die Stärkung des Rechtsbewußtseins als unverzichtbarer Bestandteil unserer Werteordnung muß Inhalt von Bildung und Erziehung sein. Eine CDU-Landesregierung wird allen Versuchen entgegentreten, sogenannte Bagatelldelikte (z.B. Ladendiebstahl) straffrei zu stellen. Eine solche entschlossene Haltung ist die Voraussetzung für die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden und der Polizei, die wissen müssen, daß ihr Erfolg erwünscht ist. Nur dann werden technische und organisatorische Verbesserungen bei der Verbrechensbekämpfung ihre Wirkung haben können. Gleichzeitig wird die CDU darauf hinwirken, die Abläufe in der Justiz zu beschleunigen.

Aufklärung über Sekten verstärken

Auf der Suche nach Orientierung fallen immer mehr Menschen, insbesondere Jugendliche, in die Fänge von Sekten. Diese nennen sich Kirchen und beuten die Hilfesuchenden gleichwohl

nur aus - finanzieller und psychischer Ruin sind oft die schrecklichen Folgen.

Insbesondere Scientology und deren Tarnorganisationen treten auch in Schleswig-Holstein verstärkt in Erscheinung. Dieser Entwicklung muß energisch entgegengetreten werden, weil dieses wirtschaftliche Imperium seine Anhänger ausbeutet und in die psychische Abhängigkeit treibt.

Eine *CDU*-geführte Landesregierung wird deshalb in Zusammenarbeit mit den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Schulen und Trägern der Jugendarbeit die **Aufklärung über gefährliche Sekten verstärken**. Insbesondere sind dabei die Möglichkeiten von Werbeverboten zu prüfen. Darüber hinaus muß die Aufklärung über gefährliche Sekten zum festen Bestandteil im Angebot aller Bildungsträger werden.

Eine *CDU*-geführte Landesregierung wird auch prüfen, ob diese Organisation durch staatliche Behörden stärker zu überwachen ist. Hierzu kann auch eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz dienen, der im übrigen zur Sicherung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung unentbehrlch ist. Eine *CDU*-Landesregierung wird den Verfassungsschutz seiner Bedeutung entsprechend ausstatten.

Strafvollzug modern gestalten

Die *CDU* Schleswig-Holstein bekennt sich zu den Zielen eines modernen Strafvollzuges, der neben der Sanktion für begangenes Unrecht die Wiedereingliederung in die Gesellschaft erleichtern soll. Da die Verwirklichung dieser Ziele aufgrund der tatsächlichen Situation im Strafvollzug in unserem Land in jng-

ster Zeit nicht gewährleistet ist, wird eine *CDU*-Landesregierung folgende Maßnahmen einleiten:

- **Strikte Trennung zwischen Strafhaft und Untersuchungshaft zur Verhinderung von Außenkontakte der Untersuchungsgefangenen,**
- **Neuorganisation des Jugendstrafvollzuges, um jugendlichen Strafgefangenen die bestmögliche schulische und berufliche Ausbildung anbieten zu können,**
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Justizvollzugsbeamten,**
- **Unterbindung des Drogenkonsums in Justizvollzugsanstalten,**
- **Straffällig gewordene Mitbürger sind wieder in die Gemeinschaft einzugliedern. Ihnen ist eine faire Chance zu geben. Trotz knapper Finanzmittel werden wir fortfahren, die Voraussetzungen für einen humanen und erzieherischen Strafvollzug zu sichern.**

Mehr Fürsorge für Opfer von Gewalttaten

Eine *CDU*-Landesregierung wird in enger Zusammenarbeit mit dem Weißen Ring Modelle entwickeln, um die Fürsorge für die Opfer von Gewalttaten zu verbessern. Die *CDU* will einen Opferanwalt, der die Interessen der Opfer mit Nachdruck vertritt.

Unterstützung für Feuerwehr und Katastrophenschutz

Die Feuerwehren, Hilfsorganisationen und gemeinnützigen Verbände und Vereine leisten einen unschätzbar Dienst für die Gemeinschaft. Dafür verdienen sie Unterstützung und Anerkennung.

V. Bildung verbessern

Das gegliederte Schulwesen - fit für die Zukunft

Hohe Qualifikation und Leistungswille unserer Bevölkerung sind das wichtigste Kapital, das wir als rohstoffarmes Land im internationalen Wettbewerb einzusetzen haben. Sie allein können auch in Zukunft unseren Lebensstandard sichern. Verbesserungen des Standards unseres Bildungs- und Ausbildungswesens stehen deshalb im Mittelpunkt der Arbeit einer *CDU*-Landesregierung.

Seit 1988 hat sich in der Verantwortung der SPD die Unterrichtssituation an unseren Schulen im Lande spürbar verschlechtert. Immer größer werdende Klassen und weniger Unterricht haben zu gravierender Verunsicherung in den Schulen geführt und widersprechen modernen Anforderungen an Unterrichtsgestaltung und Erziehung. Deshalb wird eine *CDU*-geführte Landesregierung zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung einen jährlichen Einstellungskorridor schaffen, mit dem Ziel, spätestens in sechs Jahren 600 neue Lehrerplanstellen eingerichtet zu haben.

Jedem jungen Menschen muß die Chance offen gehalten werden, sich seinen Begabungen und seinen Neigungen entsprechend zu entwickeln. Schule muß deswegen einen Beitrag zur Entfaltung der Persönlichkeit, zur Ausprägung von Begabungen und Befähigungen leisten. Zusammen mit einer wertegebundenen Erziehung schaffen eine fundierte Bildung und Ausbildung die Basis für das weitere Leben. Die **Humane**

Leistungsschule als gegliedertes, differenziertes und begabungsgerechtes System fördert die individuellen Anlagen und Begabungen, sichert die Leistungsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und garantiert die Durchlässigkeit des gegliederten Schulwesens. Sie praktiziert die Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens und erzieht zur Partnerschaft der Geschlechter und zur Toleranz.

Elternhaus und Schule sind Garanten für Erziehung und Bildung eines jeden Kindes. Erziehung und Bildung sind mehr als Stoffvermittlung. Die **Vermittlung von Normen** auf der Grundlage christlicher Ethik ist Voraussetzung für ein verantwortliches Handeln des Einzelnen und für die Bewahrung des freiheitlich-demokratischen Staates.

Der Religionsunterricht als elementarer Bestandteil der Erziehung von Kindern und Jugendlichen muß durch die Schulen als selbständiges Fach gewährleistet bleiben.

Dabei ist die Erziehung in erster Linie Aufgabe der Familie. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn sie den über die Verfassung hinaus übereinstimmend anerkannten christlichen und humanistischen Werten, Tugenden und Zielen verpflichtet bleibt. Auch Schule muß ihren Beitrag zur Erziehung junger Menschen leisten, daher muß die Schule in Zukunft wieder über ein breiteres Spektrum an pädagogischen Maßnahmen verfügen. Die Schule hat jedoch darüber hinaus die Vermittlung einer **breiten, fundierten Grundbildung** sicherzustellen, auf der die weitere Aus- und Weiterbildung aufbauen kann. Eine zukunftsweisende Schulpolitik, die den Kindern und Jugendlichen gerecht wird, muß sich daran messen lassen, inwieweit es ihr gelingt, die natürliche Leistungsbereitschaft von

Kindern und Jugendlichen zu fördern. Dabei müssen sich Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler darauf verlassen können, daß die schulische Arbeit von Beständigkeit geprägt wird. Sie müssen darauf vertrauen können, daß Leistung sich auch deswegen lohnt, weil die in den schulischen Abschlüssen bestätigten Qualifikationen von der Gesellschaft anerkannt werden.

Wir wollen den Schulen größere Entscheidungsspielräume vor Ort einräumen, aber gleichzeitig darauf achten, daß die Grundsätze, die wir für wichtig halten, dadurch nicht gefährdet werden. Zu diesen Grundsätzen gehören die Einhaltung von verbindlichen und schulartbezogenen Studententafeln und Bildungsinhalten sowie eine landesweit geregelte personelle Ausstattung der Schulen, um die Chancengerechtigkeit zu gewährleisten. Die von der SPD-Landesregierung praktizierten ständigen administrativen Eingriffe und Veränderungen sowie ein ausuferndes Gremienwesen stehen im Widerspruch zum Prinzip der selbstbewußten Schule und gefährden den pädagogischen Erfolg.

Wir wissen - für die Vielfalt der Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen muß ein Schulwesen mit unterschiedlichen Schulformen bereitstehen. **Die Einheitsschule darf es genausowenig geben wie den Einheitslehrer. Vielmehr braucht das gegliederte Schulwesen den speziell auf die jeweilige Schulart differenziert ausgebildeten Lehrer. Die CDU wird darauf hinwirken, daß die geltende Ausbildungsordnung entsprechend geändert wird.**

Um Eltern, Schülerinnen und Schülern die Orientierung in einem gegliederten Schulwesen zu ermöglichen, brauchen die

unterschiedlichen Schulformen ein klar erkennbares Bildungsprofil mit dazugehörigen Abschlüssen. Um dem Grundsatz "Freiheit braucht Vielfalt" im Bildungswesen gerecht zu werden, bedarf es keiner weiteren Sonder-Förderung von Gesamtschulen. Vielmehr wird eine *CDU*-geführte Landesregierung sich darauf konzentrieren,

1. ein flächendeckendes, intaktes gegliedertes Schulwesen vorzuhalten,
2. schulartbezogene Stundentafeln sowie Bildungsziele und -inhalte, die die Profile der unterschiedlichen Schularten bestimmen, verbindlich zu formulieren. **Die diesem Ziel entgegenstehenden Lehrpläne wird die *CDU* entsprechend ändern,**
3. die materielle und personelle Ausstattung der einzelnen Schularten landeseinheitlich zu gestalten,
4. keine neuen Gesamtschulen einzurichten und die bestehenden zu überprüfen.

Die einseitige Bevorzugung der Gesamtschulen durch die SPD-Landesregierung widerspricht dem Grundsatz "Freiheit braucht Vielfalt".

Um bessere Bildungschancen gewährleisten zu können, will eine *CDU*- Landesregierung

- den Erhalt der Schulkinderhäuser,
- flexible Einschulungsmöglichkeiten für besonders Begabte,

- am Ende der 2. Klasse das erste Ziffernzeugnis mit ergänzendem Berichtsteil. Ferner müssen unter Wahrung der verantwortungsbewußten Elternentscheidung Qualität und Gewicht des Grundschulgutachtens nach dem vierten Grundschuljahr gestärkt werden. Im Vordergrund der Arbeit der kindgerechten Grundschule muß die Vermittlung der Kulturtechniken Schreiben, Rechnen und Lesen stehen. Eine moderne Fremdsprache soll als Angebot ab Klassenstufe 3 in spielerischen Lern- und Arbeitsformen eingeführt werden. Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern, ist das Angebot fester Betreuungszeiten am Vormittag vorzusehen (betreuende Grundschule),
- die schularbeitbezogene Orientierungsstufe beibehalten. Es muß in Elternversammlungen in der 4. Klasse eine Beratung über den weiteren Schulweg durch Vertreter der Haupt- und Realschulen, des Gymnasiums und der Beruflichen Schulen erfolgen,
- die **Hauptschule durch praxisorientierte und lebensnahe Bildungsinhalte stärken**, insbesondere den Erwerb der Kulturtechniken in den Vordergrund stellen. Die Hauptschule vermittelt den Schülerinnen und Schülern Kenntnisse und Fähigkeiten, die Voraussetzungen sind, um erfolgreich eine qualifizierte Berufsausbildung im dualen System durchlaufen zu können. Wir werden uns für eine deutlich höhere Akzeptanz des Hauptschulabschlusses in der Öffentlichkeit einsetzen,
- nach dem 10. Schuljahr bei besonderer Qualifikation den Übergang in die 10. Klasse einer Realschule ermöglichen,

- um dort nach einem weiteren Schuljahr den Real-schulabschluß abzulegen,
- die **Eigenständigkeit der bewährten Schulart Realschule als unverzichtbaren Bestandteil des gegliederten Schulwesens erhalten**. Die Wirklichkeitsorientierung der Realschule eröffnet den Weg in die Arbeitswelt und nach entsprechend qualifizierendem Abschluß die Chancen zu weiteren schulischen Bildungsgängen. In den Bereichen Fremdsprachen und Computertechnik wird die *CDU* zusätzliche Schwerpunkte setzen,
 - ein **anspruchsvolles leistungsorientiertes Gymnasium**. Es vermittelt in einem einheitlichen Bildungsgang eine umfassende Allgemeinbildung mit zusätzlichen Schwerpunkten, die von den Schülerinnen und Schülern nach ihren Fähigkeiten und Neigungen bestimmt werden können. Es sichert die **Qualität des Abiturs**, das zu einer allgemeinen **Studierfähigkeit** führt. In der Oberstufe gehört hierzu u.a. eine gründliche Ausbildung in den Fächern Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte und Fremdsprachen bis zum Ende der Schulzeit. Eine *CDU*-Landesregierung wird die von der SPD eingeführte Oberstufenvorordnung (OVO) außer Kraft setzen und gemeinsam mit Lehrkräften, Eltern, Schülerinnen und Schülern ein Reformprogramm zur Sicherung der Qualität des Abiturs erarbeiten,
 - **zusätzliche Angebote von Ganztagsbetreuung im gegliederten Schulwesen**,
 - **umfassende Informationen in allen Schularten über Be-**

rufsbilder und -inhalte,

- **den Ausbau der Durchlässigkeit im gegliederten Schulwesen.**

Besonders wichtig ist für die **CDU die Förderung von Kindern mit Behinderung im Vorschulalter**. Nur so kann, ebenso wie durch rechtzeitige Einleitung präventiver Maßnahmen in den Schulen selbst, die Ein- bzw. Umschulung auf Sonder- schulen so gering wie möglich gehalten werden. Wir benötigen aber auch weiterhin ein gegliedertes Sonderschulsystem, um Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen gerecht werden zu können, wenn zu erwarten ist, daß sich die Teilnahme am Unterricht der Regelschule nachteilig auf ihre geistige, psychische, körperliche, sprachliche und soziale Entwicklung auswirkt.

Wir wissen, daß eine begabungsgerechte und zukunftsorientierte Ausbildung bei steigenden Schülerzahlen nur dann geleistet werden kann, wenn der Staat zu einer außerordentlichen Kraftanstrengung bereit ist und auch unkonventionelle Wege geht. Eine **CDU-Landesregierung will daher einen bedarfsgerechten Einstellungskorridor für junge Lehrerinnen und Lehrer unter Berücksichtigung der Schülerzahlen und zu erwartenden Pensionierungen schaffen**, um endlich mit der bisher von der SPD blockierten Verjüngung der Lehrerkollegen zu beginnen. Die **CDU** wird darüber hinaus durch Bereitstellung entsprechender Finanzmittel den Schulen vor Ort die Möglichkeiten zu flexiblen und schnellen Übergangslösungen bei akuten Problemen der Unterrichtsversorgung einräumen.

Zukunftssicherung durch berufliche Bildung

Für die schleswig-holsteinische CDU ist die berufliche Bildung der Schlüssel zur Zukunft jedes einzelnen und des Landes. Sie wird die berufliche Bildung als eine Säule des Bildungswesens und als eigenständigen Weg konsequent weiter ausbauen. Berufliche Bildung ist Persönlichkeitsbildung und Wirtschaftsförderung zugleich.

Berufsbildung attraktiver und effizienter machen

Eine CDU-Landesregierung wird

- innovative Lehr- und Lernmethoden im Sinne ganzheitlichen Denkens und Handelns fördern,
- das Angebot der dualen Berufsausbildung marktorientierter gestalten mit dem Ziel besserer internationaler Wettbewerbsfähigkeit,
- sich dafür einsetzen, daß die Ausbildung in Betrieb und Berufsschulen wieder mehr als Einheit gesehen wird,
- die beruflichen Schulen in Zusammenarbeit mit Betrieben, Innungen, Kammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu regionalen Berufsbildungszentren mit größerer Eigenständigkeit weiterentwickeln und sich für eine moderne Ausstattung einsetzen,
- die Zuständigkeiten für die Berufsausbildung und die Fort- und Weiterbildung bündeln,
- die beruflichen Vollzeitschulen am Markt orientiert weiterentwickeln,

- die Gleichwertigkeit von Allgemeinbildung und Berufsbildung mit dem Ziel gleicher Chancen in Beruf und Weiterbildung herstellen. Dazu gehört, daß der Abschluß einer Fachschule oder berufliche Qualifikationen wie die Meisterprüfung zum Besuch der Fachhochschule berechtigen,
- für Hochschulberechtigte in Abstimmung mit der Wirtschaft durch Verzahnung von Aus- und Fortbildung attraktive berufliche Bildungsgänge entwickeln, die in gehobene Positionen führen und eine Alternative zum Studium an einer Hochschule darstellen,
- eine Fremdsprache durchgängig für alle Auszubildenden einführen und den Schüler- und Lehreraustausch mit den Nachbarländern sowie Auslandspraktika für Auszubildende verstärken.

Eine Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe lehnt die schleswig-holsteinische *CDU* entschieden ab.

Berufsausbildung für alle - jeder ist qualifizierbar

- In der Berufsausbildung junger Benachteiligter wird eine *CDU*-Landesregierung praxisnahe, dem Werkerberuf vergleichbare Ausbildungsgänge mit anerkanntem Abschluß als erste Stufe einer weiterführenden Qualifizierung ausbauen und die individuelle Lernförderung verstärken.
- Für ausländische Jugendliche müssen in der Berufsbildung vermehrt Sprachkurse angeboten werden.

- Bei der nachträglichen Qualifizierung von Jugendlichen und Erwachsenen ohne Ausbildungsabschluß sollen verstärkt abschlußbezogene Kurse mit bezahlter Erwerbstätigkeit verknüpft werden.

Dem lebenslangen Lernen kommt heute eine besonders große Bedeutung zu. Die Volkshochschulen und die anderen Träger der Erwachsenenbildung stellen schon heute ein breites Angebot in der allgemeinen Erwachsenenbildung und der beruflichen Weiterbildung bereit. Die CDU setzt in der Weiterbildungspolitik auf die Vielfalt der verschiedenen Anbieter.

Die Zukunft der Hochschulen - Hochschulen für die Zukunft

Schleswig-Holstein wird im 21. Jahrhundert an den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen nur teilhaben und diese mitgestalten können, wenn die Innovationsfähigkeit aller Aus-, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen entscheidend gestärkt wird. Ein leistungsfähiges Hochschulsystem und ein differenziertes Angebot im tertiären (nachschulischen) Bereich bilden daher wichtige Grundlagen für Schleswig-Holstein, um in dem sich regional, europäisch und weltweit verschärfenden Wettbewerb bestehen zu können. Im Sinne einer zukunftsorientierten Hochschulpolitik wird sich eine CDU-Landesregierung für folgende Ziele einsetzen:

Ausbau eines differenzierten Hochschulsystems

Die Gliederung des Hochschulsystems des Landes in Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien ist beizubehal-

ten und auszubauen. Dabei ist die besondere Verantwortung der Universitäten als Stätten der Vermittlung von wissenschaftlichem Grundlagenwissen, Werteorientierung und Persönlichkeitsbildung zu berücksichtigen. Der nationale und internationale Austausch zwischen den Hochschulen ist auszuweiten.

Eine CDU-Landesregierung wird, um die raschere Umsetzung wissenschaftlicher Kenntnisse zu fördern,

- den Ausbau der Fachhochschulen und ihres Potentials zu anwendungsorientierter Forschung verstärkt vorantreiben,
- in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten in Berufsbildungsakademien forcieren.

In einem so gegliederten Hochschulsystem bieten die verschiedenen Hochschulen den jungen Menschen die ihrer Neigung und Begabung jeweils am besten entsprechenden Bedingungen für einen erfolgreichen Abschluß ihrer berufsbefähigenden bzw. berufsqualifizierenden Bildung und Ausbildung.

Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen

- Wissenschaft und Forschung leben von verlässlichen Rahmenbedingungen. Nur so lassen sich Kontinuität und Fortschritt erzielen. Dies gilt sowohl für die Grundlagen- als auch für die angewandte Forschung. Insbesondere ist für **solide finanzielle Rahmenbedingungen** zu sorgen. In einer Zeit knapper öffentlicher Kassen kann auch die Wissenschaft nicht von der Notwendigkeit sparsamen Mitteleinsatzes verschont bleiben. Dennoch werden wir

dafür sorgen, daß die Förderung der Wissenschaft einen Schwerpunktbereich darstellen wird. **Insbesonders wird eine CDU-Landesregierung**

- zur schnellstmöglichen Wiederbesetzung freiwerdender Lehrstühle beitragen,
- Verordnungen wieder abschaffen, die nur die Bürokratisierung des Forschungs- und Lehrbetriebes gefördert haben, ohne sichtbaren Nutzen hervorzubringen,
- die Einwerbung von Drittmitteln nicht durch forschungshemmende Auflagen erschweren.

Förderung von Wissenschaftsfreiheit und Autonomie

Die Zukunft von Forschung und Lehre, insbesondere deren dringend erforderliche Innovationsfähigkeit, beruht auf Eigenverantwortung und Selbstverwaltung. Wissenschaftsfremde Maßstäbe oder ideologische Vorgaben werden wir beenden. Versuche, durch politische Einwirkung auf Berufungsverfahren Forschungsgebiete zu diskriminieren und damit die Forschungs- und Lehrfreiheit zu beschneiden, sind zurückzuweisen.

Konzentration des Studiums

Um den Studierenden den Abschluß ihres Studiums in angemessener Frist zu ermöglichen, ist eine **Konzentration des Lehrstoffes und damit der Studienzeit** notwendig. Dabei muß die Vermittlung des unverzichtbaren Grundwissens und der methodischen Grundlagen als Voraussetzung für die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen gesichert bleiben.

Für die *CDU* bedeutet dies:

- eine stärkere Betonung der Lehre und die Berücksichtigung didaktischer Fähigkeiten bei den Berufungsverfahren,
- die Einführung einer zentralen Studienberatung sowie eine rechtzeitige Hochschulberatung in den Oberstufen der Gymnasien, um Fehlentscheidungen zu vermeiden,
- die flexible Verbesserung der Rahmenbedingungen, so weit finanzierbar, um ein Studium in der Regelstudienzeit zu ermöglichen.

Die *CDU* lehnt eine Einführung von Studiengebühren ab.

Stärkere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Eine besondere Verpflichtung obliegt den Hochschulen bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Eine *CDU*-geführte Landesregierung wird die hierzu notwendigen Mittel bereitzustellen suchen. Dabei wird sie auch besonderes Gewicht auf die Förderung von Nachwuchs-Wissenschaftlerinnen legen.

Das Bildungswesen in Schleswig-Holstein muß seinen Beitrag auch in der Entwicklungszusammenarbeit leisten. Dazu gehört nicht nur die Aufnahme von entwicklungspolitischen Themen in den Unterricht, sondern auch die Anbindung des Studienkollegs an eine Fachhochschule und die Fortbildung von ausländischen Fach- und Führungskräften in schleswig-holsteinischen Institutionen.

Verbesserung von Wissenschaftstransfer und Technologie

Eine zukunftsorientierte Wissenschaftspolitik muß nicht nur die Grundlagenforschung, sondern vor allem auch die angewandte Forschung und den damit möglichen Wissenstransfer in diesen Bereichen mit allen Kräften stärken. Eine *CDU*-geführte Landeshochschulpolitik wird deshalb nachdrücklich die **Zusammenarbeit der verschiedenen Hochschulen mit anderen Einrichtungen im Lande fördern, um die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in marktfähige Produkte zu beschleunigen**. Dazu gehört auch die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für eine kreative Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft (“Technologieparks”).

Kultur erleben und gestalten

Kultur bestimmt unsere Identität, unser Denken und Handeln. Sie ist Ausdruck gewachsener Tradition, Lebensäußerung der Gegenwart und damit Wegweiser für die Zukunft. Politik darf Kultur nicht bevormunden sondern kann nur Rahmenbedingungen setzen, denn Kultur besitzt als gestaltendes Prinzip eine eigene Dynamik. Kulturpolitik im Verständnis der *CDU* ist somit ein schützendes und förderndes Element, das eine fruchtbare Entwicklung des kulturellen Lebens unterstützen soll.

Kunst und Politik stehen zueinander in unauflöslicher, wechselseitiger Beziehung. Künstler erzeugen mit ihren Werken mahnende und bewußtseinsbildende Wirkungen und beeinflussen somit Politik, Staat und Gesellschaft. Aus diesem Grund sind der enge Kontakt und der Dialog der Kunst mit der Politik Grundlage für jegliche Kulturpolitik im kunstschaaffenden Raum.

In einer Zeit des Sparsen darf die Kultur nicht überproportional herangezogen oder unangemessen beschränkt werden.

Eine CDU-Landesregierung wird

- das Erlebnis und die Mitgestaltung von Kultur für möglichst viele Menschen sichern,**
- die Heimatkultur in besonderer Weise fördern, wozu auch das geschichtliche und kulturelle Erbe der Vertreibungsgebiete gehört,**
- für die Erhaltung der niederdeutschen Sprache und deren Angebot an Schulen arbeiten,**
- dem Denkmalschutz seinen wichtigen Stellenwert für unsere eigene Identitätsfindung in Schleswig-Holstein erhalten,**
- den lebendigen Dialog mit den Kulturschaffenden und ihren Organisationen suchen und pflegen,**
- in den Bereichen Literatur, Musik, bildende Kunst und Bibliothekswesen Projekte unterstützen und die Nachwuchsförderung stärken,**
- das Zusammenwirken der verschiedenen Kultursparten anregen und ausbauen,**
- das kulturelle Leben von Minderheiten unterstützen,**
- das Schleswig-Holstein-Musik-Festival finanziell sichern und seine herausragende Bedeutung für die Zukunft erhalten,**

- **die gewachsenen Theater erhalten und durch veränderte Strukturen ihre Finanzierung sichern,**
- **den Kultauraustausch national und international ausweiten,**
- **die Bedeutung der Kultur für junge Menschen innerhalb und außerhalb der Schulen betonen,**
- **die finanziellen Rahmenbedingungen angemessen gestalten, wozu auch vermehrt Sponsoren und Kunstförderer zu gewinnen sind.**

Heimatvertriebene und deutsche Aussiedler

Schleswig-Holstein ist Heimat für viele Flüchtlinge, Heimatvertriebene und deutsche Aussiedler geworden. Diese Menschen haben einen wesentlichen Anteil am Aufbau unseres Bundeslandes. Sie haben die Kultur unseres Landes bereichert. Sie verdienen weiter unsere Unterstützung und können auch in Zukunft unserer Solidarität sicher sein. Im Sinne einer wahren Verständigung und im Sinne eines gerechten Ausgleichs unterstützen wir, daß Aussiedler und Vertriebene ihre berechtigten Anliegen auch politisch wirksam vertreten können.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die **wertvolle Arbeit der Heimatvertriebenenverbände würdigen und angemessen unterstützen**, statt sie - wie die SPD-Landesregierung es leider tut - zu behindern und ihr Beratungswesen zu zerschlagen. Diese Kürzungen werden wir wieder rückgängig machen, übernommene Patenschaften müssen ernst genommen werden.

Medienpolitik

Die CDU will, daß Schleswig-Holstein als Medienstandort eine bundespolitische Bedeutung behält.

Dies bedeutet für uns, daß sowohl das öffentlich-rechtliche System als auch die Privaten **faire und verlässliche Bestands- und Fortentwicklungsmöglichkeiten** haben.

Das von der SPD geänderte Landesrundfunkgesetz hat aber zum Ziel, die Wettbewerbsmöglichkeiten der privaten Rundfunkveranstalter zu verschlechtern.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird das Landesrundfunkgesetz deshalb novellieren, um die **Entwicklungsmöglichkeiten der privaten Hörfunk- und Fernsehveranstalter** in unserem Land auch für die Zukunft zu sichern.

Der Wettbewerb der Fernsehanstalten hat dort ein Ende, wo Rechtsbewußtsein und Menschenwürde durch Sendungen verletzt werden. Wir unterstützen deshalb die Initiativen, dem Jugendschutz und dem Schutz der Menschenwürde in den Rundfunkstaatsverträgen und Landesrundfunkgesetzen einen höheren Stellenwert einzuräumen. Eine wirksame Kontrolle zur Beachtung dieser Werteorientierung in den Sendungen der Rundfunk- und Fernsehanstalten ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen. **Die unerträglichen Gewaltdarstellungen im Fernsehen müssen aufhören.**

VI. Jugend - unsere Zukunft

Jugendpolitik ist Zukunftspolitik. In der Jugendzeit werden diejenigen Wertvorstellungen, Ideen und Leitbilder ausgeprägt, die für das weitere Leben der Jugendlichen selbst von entscheidender Bedeutung sind. Ohne die von vielen Jugendlichen ausgehende fruchtbare Unruhe, ihr Drängen und ihr Fragen ist der notwendige und stattfindende gesellschaftliche Wandel nicht denkbar. Jugend ist somit Motor und Aufgabe der Gesellschaft zugleich. Wir wollen das **Engagement, die Mitgestaltungskraft und die Mitverantwortung der Jugend fördern**. Uns ist die Beteiligung junger Menschen am politischen Geschehen sehr wichtig. Unser Ziel ist es, für junge Menschen mehr Anreiz zu schaffen, an der Politik insgesamt, insbesondere auch an der Kommunalpolitik, teilnehmen zu können. **Um den jungen Menschen hierfür eine geeignete Entscheidungsgrundlage zu geben, wird eine CDU-Landesregierung**

- **regelmäßige Veranstaltungen in Gemeinden, Städten und Kreisen nach dem Vorbild "Jugend im Landtag" anregen.** So können den jungen Menschen politische Abläufe, die in den Schulen oft nicht oder nicht zu-reichend vermittelt werden, besonders hautnah präsentiert werden. Die Schulen müssen dahingehend gestärkt werden, daß sie in der Lage sind, eine angemessene politische Allgemeinbildung und demokratische Spielregeln zu vermitteln,
- **jungen Menschen eine Mitsprachemöglichkeit bei jugendpolitischen Belangen auf kommunaler Ebene**

dadurch geben, daß wir das Instrument einer "jungen Einwohnerversammlung" schaffen,

- anregen, auch auf gemeindlicher Ebene einen Jugendausschuß einzurichten. Jugendausschüsse sollten für Jugendliche ab dem Alter von 16 Jahren zugänglich sein und ein generelles Anhörungsrecht für Jugendliche vorsehen.**

Es gibt auch Interesse und große Bereitschaft der jungen Generation, sich im sozialen und ökologischen Bereich für die Mitmenschen zu engagieren. Gerade in einer Zeit, in der die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen zunimmt, die Orientierung am Gemeinwohl in der Gesellschaft aber abnimmt, ist die Bereitschaft, sich um den Mitmenschen und die Umwelt zu kümmern, zu fördern.

Deshalb wird eine CDU-Landesregierung

- die Mittel für das sogenannte freiwillige soziale/ökologische Jahr in Schleswig-Holstein aufstocken,**
- gute Ideen und Initiativen der Jugendkultur aufgreifen.**

Tausende von Jugendlichen leisten darüber hinaus unverzichtbare Arbeit, indem sie sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich in Kirchen, Verbänden, Vereinen und Jugendorganisationen engagieren. Ohne ihre Bereitschaft zu helfen, sich einzubringen und auch Vorbild für andere Jugendliche zu sein, wären viele Angebote der verbandsbezogenen und offenen Jugendarbeit nicht möglich. Wir wissen, daß für viele junge Ehrenamtler ihr Einsatz für die Gesellschaft oft mit spürbaren materiellen Einbußen für sie selbst verbunden ist. Deshalb wird eine CDU-

Landesregierung eine Konzeption erarbeiten, die jungen Ehrenamtlichen Anerkennungsvorteile verschafft, um auch so ein Zeichen zu setzen, daß die Gesellschaft ihr Engagement angemessen bewertet.

Gewaltbereitschaft abbauen helfen

Die sich häufenden Meldungen über Auseinandersetzungen rivalisierender Jugendgangs, von Gewalt an Schulen oder aber die steigende Anzahl jugendlicher Straftäter spiegeln eine zunehmende Gewaltbereitschaft in bestimmten Bereichen der Jugend wider. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: Halt- und Orientierungslosigkeit aufgrund mangelnder familiärer Fürsorge sowie fehlende Wertevermittlung in Elternhaus und Schule tragen genauso wie Gewaltdarstellungen in den modernen elektronischen Medien dazu bei, die Hemmschwellen abzusenken. Auch fehlende adäquate Ausbildungsmöglichkeiten können zur Hoffnungslosigkeit führen, die in Gewaltbereitschaft umschlagen kann. Eine **CDU-geführte Landesregierung wird deshalb**

- die rechtlichen Möglichkeiten zum Schutz der Jugend vor Pornographie und Gewalt voll ausnutzen und durchsetzen,**
- die Konfliktberatungsangebote für Eltern und Kinder/Jugendliche ausdehnen,**
- eine stärkere Kooperation von verbandsbezogener und offener Jugendarbeit anregen, den Aufbau der offenen Jugendarbeit fördern,**

- für den Berufseinstieg junger Arbeitnehmer auch Teilarbeitsplätze schaffen, die an Qualifizierungsmaßnahmen gekoppelt sind,**
- Sport- und Jugendverbände besonders fördern, die bereit sind, mit gewaltbereiten Jugendlichen verstärkt zu arbeiten und diese in ihre Verbandsarbeit zu integrieren,**
- Streetworker-Modelle ausbauen, die Jugendliche dort aufzusuchen, wo die Spannungen entstehen,**
- durch Aus- und Weiterbildung das Netz von Beratungslehrern an Schulen erweitern,**
- großen Wert auf Werteerziehung an unseren Schulen legen, den Lehrerinnen und Lehrern bei der Umsetzung ihres Erziehungsauftrages den Rücken stärken und diesen Erziehungsauftrag verstärkt in der Lehrerausbildung berücksichtigen.**

Wir wissen, daß mit einer solchen positiven Veränderung der Rahmenbedingungen nicht jedem Jugendlichen geholfen werden kann. Gerade in den Fällen, in denen Maßnahmen der normalen Unterbringung versagen, bedarf es einer Hilfestellung, die nur in sogenannten geschlossenen Jugendheimen geleistet werden kann. Nur hier können die Jugendlichen, die mit besonders schweren Problemstellungen behaftet sind, entsprechend betreut und ausgebildet werden. Eine CDU-Landesregierung wird deshalb unverzüglich zusammen mit den freien Trägern der Jugendarbeit und weiteren Fachleuten Gespräche aufnehmen mit dem Ziel, eine **zeitgerechte geschlossene Jugendeinrichtung wieder einzuführen**.

Keine Macht den Drogen

Wir wissen, daß Drogen, egal ob "harte" oder "weiche", Leben zerstören können. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen den von der SPD eingeschlagenen Weg der sogenannten "Drogenfreigabe". Die Überlegungen, Drogen - wie Haschisch und Marihuana - über sogenannte "Coffee-Shops" oder Apotheken vertreiben zu lassen, bekämpfen das Suchtproblem nicht, sondern lassen den Drogenkonsum in die Höhe schnellen. Dies belegen insbesondere die Erfahrungen der Länder, in denen Legalisierungsversuche stattgefunden haben. Statt den Versuchungen in Verbindung mit Drogen nachzugeben, setzt sich die CDU für eine gesellschaftliche Ächtung der Drogen ein.
Eine CDU-Landesregierung wird deshalb

- **die Aufklärungsmaßnahmen erheblich ausbauen,**
- **die Hilfestellung für Ausstiegswillige durch zusätzliche Beratungsstellen, Wiedereingliederungsmaßnahmen und genügend Plätze in Fachkrankenhäusern erweitern sowie Angehörige und Umfeld verstärkt in die Therapie mit einbeziehen,**
- **finanzielle Mittel zur Einrichtung von zentralen Drogenambulanzen zur Verfügung stellen,**
- **eine bedarfsorientierte Ausweitung des medikamentengestützten Therapiekonzeptes (Methadonprogramm) mit psychosozialer Betreuung durchführen.**

Mit den Mitteln des Strafrechtes wollen wir insbesondere die **Drogendealer schärfer verfolgen**. Ausländische Drogendealer

sind sofort in ihr Heimatland abzuschlieben und inländische Drogendealer mit höheren Mindesthaftstrafen zu bedrohen. Außerdem muß das Vermögen von Drogendealern dann eingezogen werden, wenn diese nicht nachweisen können, daß die Gelder nicht aus dem Drogenhandel stammen.

Eine **verstärkte Aufklärung und Bekämpfung** muß aber auch die Suchtproblemberiche Nikotin, Alkohol, Spiel und Medikamente umfassen. Gerade in bezug auf Alkohol und Nikotin wird sich die *CDU-Landesregierung* für eine weitere Begrenzung der Werbung einsetzen.

VII. Gleichberechtigung und Partnerschaft von Frau und Mann

Für uns bedeutet Gleichberechtigung das Recht auf freie Entfaltung der Person, unabhängig vom Geschlecht. Deshalb wollen wir bestehende **Benachteiligungen von Frauen beseitigen**. Benachteiligungen für Frauen abzubauen heißt aber nicht nur, für die entsprechenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu sorgen, sondern setzt in unserem Verständnis vor allem eine gleichberechtigte Partnerschaft von Frau und Mann voraus. Partnerschaft bedeutet, daß Frau und Mann sich gegenseitig anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben innerhalb und außerhalb der Familie gleichberechtigt vereinbaren. Unsere Gleichberechtigungspolitik richtet sich daher an Frauen wie Männer. Auch für Männer müssen in der Berufs- und Arbeitswelt mehr Möglichkeiten bestehen, sich an der Familienarbeit zu beteiligen, die Kindererziehung als gemeinsame Aufgabe zu betrachten und den Kindern ein partnerschaftliches Miteinander vorzuleben.

Eine CDU-Landesregierung wird deshalb

- **die Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes durch Förderung von Teilzeitarbeit und Hilfen beim Wiedereinstieg nach einer familienbedingten Berufsunterbrechung ausbauen,**
- **insbesondere Klein- und Mittelbetriebe im Hinblick auf familienfreundliche Arbeitsplatzgestaltungen (Verbundmodell) unterstützen,**
- **den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durch**

unkonventionelle Mittel als Übergangslösungen umsetzen,

- **Tagesmütter und -väter und deren soziale Absicherung stärken,**
- **die Weiterbildungsangebote in der Familienphase verbessern, um die einmal erreichte Qualifikation zu sichern und so eine spätere Rückkehr in den Beruf zu erleichtern,**
- **das Berufswahlspektrum für Mädchen und Jungen durch gezielte Informationen erweitern.**

Gewalt gegen Frauen ächten

Die Notwendigkeit von Frauenhäusern als letzte Zufluchtsstätte für bedrohte und mißhandelte Frauen, oft mit ihren Kindern, sind bedrückender Beleg für Gewalt an Frauen auch in der Ehe. Unser Grundgesetz schützt mit gutem Grund die Ehe vor dem Zugriff des Staates, gleichwohl bedeutet dieses nicht, daß der Staat hilflos zusehen muß, wenn es zu Übergriffen kommt. Gewalttätige Übergriffe gegenüber Frauen müssen sehr viel intensiver verfolgt werden. Eine *CDU*-geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat deshalb auch mit Nachdruck für die Verankerung einer Strafrechtsbestimmung einsetzen, die die Vergewaltigung in der Ehe ahndet. Das Strafrecht kann jedoch insbesondere in familiären Konfliktfällen nur das letzte aller Mittel sein.

Deshalb wird eine CDU-Landesregierung

- **ein Netz von Familienberatungsstellen vorhalten,**

- das vorhandene Angebot an Frauenhäusern weiter unterstützen,
- die Angebote für Hilfe in Notsituationen ausbauen.

Alte Denkgewohnheiten ändern

Demokratie kennt kein Vorrecht durch Geburt. Das gilt auch für die Geschlechter. Wir fordern daher nachdrücklich, den Worten und Beschlüssen zur Gleichberechtigung entsprechende Taten folgen zu lassen. Eine **CDU-Landesregierung** wird deshalb

- die Gleichstellungspolitik fördern, allerdings ohne hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte vorzuschreiben,
- das schleswig-holsteinische Gleichstellungsgesetz dem 2. Bundesgleichberechtigungsgesetz angeleichen,
- frauen- und altersspezifische Beratungs- und Bildungsangebote weiterentwickeln,
- die schwierige Situation insbesondere von Alleinerziehenden besonders berücksichtigen,
- die Erarbeitung von Förderungsprogrammen vorantreiben, die auf die einzelnen Lebensphasen abgestimmt sind,
- Initiativen ergreifen, um die Erziehungs- und Familienarbeit in der gesellschaftlichen Anerkennung zu verbessern.

VIII. Den gesellschaftlichen Wandel aktiv gestalten - Solidarität leben

Jeder soll sein Leben in Freiheit, eigener Verantwortung und unter würdigen Bedingungen führen können. An diesem Ziel wird sich die soziale Gesellschaftspolitik einer *CDU*-geführten Landesregierung ausrichten. Ausgehend von den Grundprinzipien der Solidarität und Subsidiarität, wollen wir, daß der Einzelne die Möglichkeit hat, aus eigener Kraft sein Leben in die Hand zu nehmen und über seinen Lebensweg in Würde, Freiheit und eigener Verantwortung zu bestimmen. **Dazu gehört**

- der Schutz vor Armut und Not, um allen ein menschenwürdiges Leben zu sichern,**
- eine durch die Solidargemeinschaft gesicherte Vorsorge und Absicherung von existentiellen Risiken, die der Einzelne nicht tragen kann,**
- die Stärkung der Eigenverantwortung und die Hilfe zur Selbsthilfe,**
- die Bewahrung des sozialen Friedens und die Förderung von Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich.**

Besonders in Jahren knapper Haushaltssmittel braucht diese Politik aber Prioritäten, hohe Zielgenauigkeit und Augenmaß. Deshalb kann auch die Sozialpolitik das Wirtschaftlichkeitsprinzip nicht außer acht lassen. Die Landespolitik muß wieder den Mut haben, die Hilfe auf diejenigen zu konzentrieren, die wirklich hilfsbedürftig sind. Dabei muß die Förderung verstärkt

unter dem Gesichtspunkt gewichtet werden, daß sie einen Anreiz für die Entfaltung eigener Initiative bietet (Hilfe zur Selbsthilfe). Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht muß aber nicht nur denjenigen tatkräftig helfen, die der Unterstützung bedürfen, sondern vor allem durch Vorbeugung soziale Notlagen verhindern helfen. Wir wissen: Es ist besser, soziale Notlagen zu verhindern, als sie nachträglich zu beseitigen. **Wir treten ein für eine Sozialpolitik, die nicht alles vom Staat und von den großen Betreuungsorganisationen erwartet, sondern die Hilfe zur Selbsthilfe gibt und die kleine Gruppen, Nachbarschaften und Familien in ihrer Bereitschaft zum sozialen Helfen anerkennt und fördert.**

Familien unterstützen

Die Familie ist die beständigste Form des Zusammenlebens. In der Familie erfahren Menschen Geborgenheit und Zuwendung. Hier erleben sie Solidarität zwischen den Generationen. Kinder brauchen ihre Eltern, und alte Menschen brauchen Familie und Nachbarschaft, für die sie sich engagieren, von denen sie aber auch getragen werden. In Familien können am besten die Eigenschaften und Fähigkeiten entwickelt werden, die Voraussetzung und Grundbestandteil einer freien und verantwortlichen Gesellschaft sind. Wir respektieren und anerkennen nicht-eheliche Partnerschaften und die bewußte Entscheidung, ohne die rechtliche Bindung einer Ehe leben zu wollen - wissen aber, daß weder sie noch der Staat Ehe und Familie als beständigste Formen menschlichen Zusammenlebens ersetzen können.

Wir wollen auf eine kinderfreundliche Gesellschaft hinwirken, die Kinder als Bereicherung versteht, in der Kinder unbe-

schwert aufwachsen. Erziehung ist dabei Elternrecht, wer sich für Kinder entscheidet, übernimmt Rechte und Pflichten, denen er sich nicht entziehen darf. Jedes Kind braucht persönliche Zuwendung, Begleitung, Liebe, Vorbild und Autorität seiner Eltern. Die Entwicklung der personalen Eigenständigkeit und der Gemeinschaftsfähigkeit sowie des Werte- und Verantwortungsbewußtseins hängt wesentlich von der Erziehung in der Familie ab. Familien brauchen zur Bewältigung ihrer Aufgaben angesichts vielfältiger Anforderungen verschiedene Formen der Entlastung und Begleitung, der Unterstützung und Ermutigung. **Vom Kind her denken** heißt für uns, die Erziehungsleistung in Ehe und Familie sowie bei Alleinerziehenden gleichermaßen anzuerkennen und zu unterstützen. Langfristig halten wir am Ziel der stufenweisen Einführung eines Landeserziehungsgeldes für das 3. Erziehungsurlaubsjahr fest. Auch wollen wir die Rechte nichtehelicher Kinder denen ehemlicher gleichstellen. **Um das Ja zum Kind zu erleichtern und die Erziehungsleistung zu fördern, wird eine CDU-Landesregierung folgende Maßnahmen verfolgen:**

- **Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz,**
- **Ausbau der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen nach den bundesgesetzlichen Bestimmungen,**
- **Sicherung der Arbeit in den Familienbildungsstätten und von familienentlastenden Diensten und Institutionen,**
- **Schaffung von mehr familienfreundlichen Arbeitsplatzstrukturen und Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst, u.a. durch flexible Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für**

Frauen und Männer. Entsprechendes werden wir in Gesprächen mit den Tarifpartnern für die freie Wirtschaft zu erreichen versuchen.

Lebenserfahrung nutzen

Die Menschen der älteren Generation, die unser Land aus Trümmern und Elend aufgebaut haben, wollen auch nach ihrem Erwerbsleben in das politische und gesellschaftliche Leben eingebunden bleiben und mit ihrer Berufs- und Lebenserfahrung an der Gestaltung der Zukunft unseres Landes mitwirken. Wir, die **Partei für Schleswig-Holstein**, sind zu Recht stolz darauf, als **erste politische Kraft ein umfangreiches Seniorenprogramm entwickelt** zu haben. In diesem Sinne werden wir weiterarbeiten und wollen

- uns dafür einsetzen, daß die älteren Menschen so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung und der gewohnten Umgebung bleiben können. Zu diesem Zweck wollen wir Formen des generationsübergreifenden Wohnens besonders fördern,
- in Gesprächen mit Kommunen darauf hinwirken, daß Seniorenwohnungen, Seniorenbegegnungsstätten und andere neu zu schaffende Einrichtungen, z.B. altengerechte Wohnungen in vertrauter Umgebung, so zentral wie möglich in Gemeinden angesiedelt werden, damit die notwendigen Versorgungseinrichtungen möglichst zu Fuß erreichbar sind,
- dafür eintreten, daß neben den Postagenturstellen vor allem auf dem Lande auch mobile Postämter und Schalter

von Kreditinstituten eingerichtet werden,

- erreichen, daß Straßen, Plätze, öffentliche Gebäude und der öffentliche Personennahverkehr möglichst altengerecht gestaltet werden.

Wer wie wir der älteren Generation einen angemessenen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft sichern will, muß ihr auch nach dem Ende der Berufstätigkeit weiterhin Mitsprache und Mitwirkung ermöglichen. Deshalb wird eine *CDU-Landesregierung* die politische Mitwirkung von Seniorenbeiräten verstärken und die Gemeinden verpflichten, gemeindebezogene und geeignete Verfahren zur Beteiligung von Senioren zu entwickeln und zu regeln.

Renten und Pensionen sind keine Almosen, die vom Staat gewährt werden. Vielmehr sind sie Alterslohn für selbsterbrachte Lebensleistung. Wir wissen, daß nicht in allen Fällen hierdurch ein würdiges Leben im Alter gesichert werden kann. Die für eine Wohlstandsgesellschaft beschämenden **Fälle von in Not geratenen älteren Menschen, insbesondere die von Frauen,** will deshalb eine *CDU-Landesregierung mit abbauen helfen.*

Gesund werden - gesund bleiben

Gesundheitsleistungen und medizinischer Fortschritt müssen im Rahmen des gesamtwirtschaftlich Möglichen für jeden einzelnen ohne Rücksicht auf seine finanzielle Situation möglichst wohnortnah zugänglich sein. **Wir setzen aber nicht nur auf eine möglichst enge Verknüpfung von sozialer und medizinischer Beratung bzw. Betreuung, sondern insbesondere**

auch auf die Gesundheitsförderung. Hierzu wollen wir den Sachverstand aller Verbände des Gesundheitswesens durch Reaktivierung des Landesgesundheitsbeirates stärker als bisher für unsere Bürger nutzen. Die Vermittlung eines gesundheitsgerechten Verhaltens muß im Kindergarten, in der Schule und in der Erwachsenenbildung stärker verankert werden. Schulträger aller Art, Ärzte- und Apothekerkammern, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und der öffentliche Gesundheitsdienst sind hier zur Mitarbeit aufgerufen. Darüber hinaus begreifen wir eine gesunde Umwelt als einen entscheidenden Teil unserer Gesundheitspolitik. **Um den übergreifenden Gesichtspunkten des Gesundheitsschutzes in der Arbeitswelt sowie dem gesundheitlichen Umweltschutz stärker gerecht werden zu können, wird eine CDU-Landesregierung**

- **Bemühungen fördern, ein Zentrum für Umwelt- und Arbeitsmedizin im Rahmen einer Forschungseinrichtung aufzubauen,**
- **der Impfmüdigkeit entgegenwirken und**
- **die Kompetenzen der Gesundheitsämter in Fragen des gesundheitlichen Umweltschutzes stärken.**

Die Bekämpfung der sich weiter ausbreitenden AIDS-Krankheit muß fortgesetzt werden. Dazu gehört die ständige Aufklärungsarbeit, beginnend in der Schule. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der Früherkennung der Infektion fortzuentwickeln. Nur wenn diese möglichst früh erkannt wird, kann der Infizierte gewarnt werden und eine entsprechende medizinische und psychosoziale Betreuung erhalten.

Unsere Universitätskliniken und Krankenhäuser mit Ausbildungsbetrieb sind nicht nur unverzichtbar für Forschung und Lehre sondern erbringen darüber hinaus bundesweit anerkannte Spitzenleistungen. Ihren Auftrag in Forschung und Lehre können sie jedoch nur dann erfüllen, wenn sie auch in Zukunft in die Aufgabe der Krankenversorgung mit einbezogen werden. Dabei ist eine strengere Trennung der Kosten für die Krankenversorgung einerseits und für die Forschung und Lehre andererseits dringend erforderlich. Eine *CDU*-Landesregierung wird sich für eine qualifizierte **Lehre und Forschung** einsetzen. Eine qualitativ hochwertige Versorgung kann allerdings nicht durch die Universitätskliniken allein geleistet werden. Deshalb tritt die *CDU* für einen Landeskrankenhausplan ein, der ein **abgestuftes System leistungsfähiger Krankenhäuser auch in Problemgebieten erhält**. Dabei ist es wichtig, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Krankenhäuser, gleich unter welcher Trägerschaft, zu fördern. Rehabilitationsleistungen sollen vermehrt in die Planung einbezogen werden.

In der Versorgung durch niedergelassene Ärzte will die *CDU* die **Bedeutung des Haus- und Familienarztes in der Zusammenarbeit mit den Universitäten stärken**.

Unsere Aufmerksamkeit wird auch einer stärkeren Integration von Schulmedizin, Naturheilverfahren und seriöser alternativer Methoden gelten.

Die Pflegeversicherung - unser Erfolg

Nach langem Ringen um den bestmöglichen Weg zur Absicherung des allgemeinen Pflegerisikos ist es der Regierung Hel-

mut Kohl gelungen, mit der Pflegeversicherung einen neuen Meilenstein der sozialen Sicherung zu setzen. Im Interesse der pflegebedürftigen Menschen und der Pflegenden in unserem Land wird eine CDU-geführte Landesregierung u.a. **durch ein Landespflegegesetz den flächendeckenden Ausbau von ambulanten sozialen Pflegediensten, die die häusliche Pflege garantieren und die Belastungen erleichtern helfen, sicherstellen.** Wir wollen damit erreichen, daß Pflegebedürftige so lange wie möglich in der Familie oder in der eigenen Wohnung leben können.

Pflegeberufe aufwerten

Wir setzen uns für eine **angemessene und leistungsgerechte Vergütung in den Kranken- und Altenpflegeberufen** ein. Die Personalbemessung in Krankenhäusern und Heimen muß dem tatsächlichen Bedarf und den gewachsenen Anforderungen entsprechen. Auch eine Verbesserung der Arbeitsabläufe, durch die Freiraum für persönliche Betreuung und Zuwendung geschaffen wird, und ein breiteres Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen können die **Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte attraktiver machen.**

Menschen mit Behinderungen gehören in unsere Mitte

Wir verstehen es als unsere besondere Pflicht, für behinderte Menschen einzutreten. Menschen mit Behinderungen und ihr gemeinsames Erleben sind Teil unserer Gesellschaft, sie und ihre Familien brauchen unsere Unterstützung und Solidarität. Der Erfahrungsaustausch zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft.

Deshalb wird eine CDU-Landesregierung

- **sich für eine Integration einsetzen,**
- **sich nachdrücklich zum Lebensrecht behinderter Kinder bekennen und**
- **ihrer flächendeckende frühzeitige Förderung verwirklichen helfen,**
- **für die Ausweitung familienentlastender Dienste und die Schaffung von Kurzzeitpflegeeinrichtungen für behinderte Kinder und Jugendliche eintreten,**
- **sich für eine individuelle Förderung von Menschen mit Behinderungen in Kindergarten, Schule und Arbeitswelt einsetzen,**
- **eine behindertengerechte Gestaltung des privaten und öffentlichen Umfeldes verbessern helfen,**
- **mit der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst mit gutem Beispiel vorangehen.**

Gemeinsinn fördern - Ehrenamt aufwerten

Wer sich ehrenamtlich für seine Mitmenschen engagiert, leistet Dienst an der Gesellschaft. Eine CDU-Landesregierung stellt sich deshalb besonders an die Seite der vielen Ehrenamtlichen in Schleswig-Holstein. Ohne ihr tägliches Engagement wäre unsere Gesellschaft ärmer. Um zu einer **Aufwertung des Ehrenamtes** beizutra-

gen, wird eine *CDU-Landesregierung*

- **gemeinsam mit den Kommunen, Städten und Kreisen Anerkennungsvorteile für die ehrenamtliche Tätigkeit schaffen,**
- **ungerechtfertigte bürokratische Hemmnisse und über-großen Verwaltungsaufwand beseitigen,**
- **die Aus- und Fortbildungsangebote für Ehrenamtler ausweiten,**
- **dafür eintreten, daß öffentliche Gebäude (z.B. Schulen) Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen um-fangreicher und kostengünstig zur Verfügung gestellt werden,**
- **ehrenamtlich arbeitende Frauen und Männer in ihren Positionen stärken und darauf hinwirken, daß diese Tätigkeiten stärker als Qualifikationsmerkmale in Beruf und Gesellschaft anerkannt werden.**

Sport - Garant für Gesundheit und sinnvolle Freizeit-gestaltung

Mehr als 80.000 Männer und Frauen schaffen vorwiegend durch ihr ehrenamtlich geprägtes Engagement die Voraussetzungen für ein umfassendes Sportangebot in Schleswig-Holstein. Mit seinen 2.600 Vereinen und über 845.000 Mitgliedern stellt der Sport die größte Bürgerbewegung im Lande dar.

Die Ausweitung der Freizeit führt zu einer immer größeren Steigerung der Sportbedürfnisse der Menschen. Dabei ist zwischen

dem notwendigen Schutz unserer Umwelt und den Entfaltungsmöglichkeiten des Sports ein Spannungsfeld entstanden, das nicht einseitig gelöst werden kann. Sport und Umwelt sind keine Gegensätze, beide dienen dem Menschen und erfordern eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten. Der Sport stellt eine der wirksamsten Formen der Gesunderhaltung, Freizeitgestaltung und Jugendarbeit dar.

Deshalb wird sich eine CDU-Landesregierung dafür einsetzen, daß

- **bei der nächsten anstehenden Neufassung der Landesverfassung die Förderung des Sports als Staatsziel aufgenommen wird,**
- **die jährliche steuerfreie Übungsleiterpauschale angehoben wird,**
- **ein Sportstättenbedarfsplan mit einem einfacheren Anforderungsprofil für den Sportstättenbau und die Sportstättensanierung entwickelt wird,**
- **die Förderung des kommunalen Sportstättenbaus wieder aufgenommen wird,**
- **eine für Vereine weitestgehend kostenfreie Nutzung der Sportstätten auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene gewährleistet ist,**
- **der Schulsport zeitgemäß durch eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schule und Vereinen weiterentwickelt wird,**

- **die dritte Sportstunde entsprechend den Vereinbarungen zwischen der Kultusministerkonferenz und dem Deutschen Sportbund in der Schulwirklichkeit angestrebt wird,**
- **durch eine gezielte Förderung der Jugendarbeit bestehender Orientierungslosigkeit und der Gefahr von Gewaltbereitschaft entgegengewirkt wird,**
- **neben einem zielgerichteten, breiten Angebot für junge Menschen auch verdichtete Angebote für die ältere Generation gemacht werden, um mit einem neuen Gesundheitsbewußtsein wirksam die Gefährdungen durch Bewegungsarmut und andere Risikofaktoren zu verringern,**
- **der Landessportverband finanziell besser ausgestattet wird und er über die ihm zugewiesenen Mittel in Eigenverantwortung verfügen kann.**

Der Betreuung von Aussiedlern und der Integration von ausländischen Mitbürgern kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern

Die *CDU* will ein ausländerfreundliches Klima in unserem Lande erhalten. Wir stehen deshalb in politischer Gegnerschaft zu all denen, die Fremdenhaß schüren, diskriminierende Parolen verbreiten und an Neidinstinkte appellieren. **Unser Ziel ist ein gutes Miteinander von Deutschen und den bei uns lebenden Ausländern.** Aber nicht nur der Staat und seine Ein-

richtungen, sondern die gesamte Gesellschaft sind hier gefordert. Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und andere gesellschaftliche Gruppen können für ein friedliches Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern einen ebenso wichtigen Beitrag leisten.

Eine *CDU*-Landesregierung wird Initiativen fördern, die das Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern weiter verbessern und Ausländern die Integration erleichtern. Dazu gehört vor allem das **Angebot zur einfacheren Einbürgerung für lange hier lebende Ausländer**. Die Grundwerte unserer Politik verpflichten uns zur Integration derjenigen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in Gesellschaft, Staat, Arbeitswelt und Kultur, die seit langem bei uns leben und auf Dauer hier ihre Heimat finden wollen. Dabei müssen wir Rücksicht nehmen auf die schwierigen menschlichen Situationen von Ausländern, die im Spannungsfeld zwischen zwei Kulturen leben. Die Ausländer müssen ihrerseits bereit sein, sich in die Gemeinschaft aller Bürger einzugliedern, d.h. sie müssen unsere Rechtsvorschriften befolgen und Lebensformen achten sowie die Menschenwürde und Werteorientierung unserer Verfassung respektieren. Dies bedeutet auch, daß es nur ein allgemeines kommunales Wahlrecht für solche Ausländer geben kann, die Bürger der Europäischen Union sind.

Asyl

Mit dem von *CDU* und *SPD* gemeinsam getragenen Landtagsbeschuß vom 15.9.92 zur Bekämpfung des Asylmißbrauchs hatten sich erstmals in Deutschland die beiden großen Parteien

auf einen Kompromiß verständigt und damit dem Bonner Asylkompromiß den Weg geebnet. Wir werden **eine Aushöhlung dieser rechtlich abgesicherten Grundlagen nicht hinnehmen** und für eine strikte Durchsetzung im Land sorgen. Dazu gehört auch die konsequente Abschiebung rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber.

IX. Die Freiheit der Kommunen stärken - öffentlichen Dienst modernisieren

Freiheit der Kommunen stärken

Eigenverantwortlichkeit von Bürgerinnen und Bürgern für ihre Gemeinden als das wichtigste Merkmal der kommunalen Selbstverwaltung muß stärker unterstützt werden.

Politik auf der kommunalen Ebene muß schnell zu sachgerechten Problemlösungen führen, sie muß vor allem bürgernah und pragmatisch betrieben werden. Deswegen müssen die kommunalen Rechte und die kommunalen Entscheidungsspielräume gestärkt werden. Den Gestaltungsspielraum der Kommunen und ihrer gewählten Gremien zu vergrößern, heißt für uns darüber hinaus:

- **weniger staatliche Leistungsgesetze zu Lasten der Kommunen,**
- **dauerhaft weniger Richtlinien und Vorgaben durch das Land,**
- **Überarbeitung des Finanzausgleichsgesetzes mit dem Ziel, die heutigen Lasten angemessener zu verteilen und den Kommunen mehr allgemeine Zuweisungen statt Vorwegabzüge zu geben,**
- **Unterstützung interkommunaler Zusammenarbeit, um auch Kosten zu senken.**

Die kommunale Familie zu stärken heißt für uns auch, mehr Bürgerinnen und Bürgern vor Ort die Möglichkeit zu geben, sich für eine kommunale Tätigkeit zu engagieren. **Deshalb wird eine CDU-Landesregierung darauf hinwirken,**

- **daß die Freistellungsmöglichkeiten, vor allem für kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit herausgehobenen Funktionen aus dem privatwirtschaftlichen Bereich, verbessert werden,**
- **die kommunale Wahlzeit auf 5 Jahre zu verlängern, um mehr Stabilität der politischen Arbeit zu erreichen,**
- **eine Schwächung der amtsangehörigen Gemeinden zu vermeiden.**

Öffentlichen Dienst modernisieren

In der Wirtschaft findet im Dienstleistungsbereich ein Strukturwandel statt - gekennzeichnet insbesondere durch den Einsatz neuer Informationstechnologien und durch zielorientiertes, kostenbewußtes Handeln. Diesen Entwicklungen kann sich auch die öffentliche Verwaltung nicht verschließen. Der Veränderungsprozeß muß auch als Chance für eine Reform begriffen und genutzt werden. Wir wenden uns gegen die von der SPD betriebene Ausweitung der Politisierung der Verwaltung im Land und in den Kommunen. Wir wollen eine Verwaltung, die bürgerlich, wirtschaftlich und leistungsfähig organisiert wird. **Eine CDU-Landesregierung wird deshalb**

- **alle staatlichen Aufgaben und Leistungen mit dem Ziel**

überprüfen, den Staat auf seine Kernaufgaben zu beschränken,

- **das öffentliche Haushaltsrecht ändern mit dem Ziel, mehr Wirtschaftlichkeit beim Einsatz öffentlicher Gelder zu erreichen,**
- **die Anzahl der Ministerien reduzieren,**
- **den Abbau von Reglementierungen und Verwaltungsvereinfachung als Daueraufgabe ansehen (u.a. durch Normprüfungsausschüsse),**
- **unter Berücksichtigung von Effizienz und Bürgernähe einen zweistufigen Verwaltungsaufbau in Schleswig-Holstein anstreben, wobei hinsichtlich des Verwaltungsvollzuges der kommunalen Ebene Vorrang einzuräumen ist,**
- **eine verfassungskonforme Mitbestimmung in der Landesverwaltung realisieren; die schließt aber unangemessene Einflüsse von Seiten der Gewerkschaften über die Köpfe der gewählten Personalräte und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus.**

Öffentliches Dienstrecht reformieren

Für das Funktionieren unseres Gemeinwesens ist in den Kernbereichen des staatlichen Handelns das Berufsbeamtentum unverzichtbar.

Allerdings wollen wir das Beamtenrecht in wesentlichen Punkten reformieren. Hierzu zählt:

- Stärkung des Leistungsgesichtspunktes bei der Besoldung
 - etwa durch Veränderung des Systems der Dienstaltersstufen zu einer leistungsabhängigen Vergabe der einzelnen Besoldungsstufen sowie die Zahlung von Prämien für besondere Leistungen,
- Stärkung der Flexibilität - etwa durch Erweiterung der Versetzungs- und Abordnungsmöglichkeiten, Verringerung der Fälle von Zurruhesetzung wegen Dienstunfähigkeit, Erweiterung der Teilzeitmöglichkeiten,
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes - etwa durch die einmalige befristete Erprobung bei der Vergabe von ausgewählten Spitzenämtern.

Entsprechende Folgerungen müssen für das Tarifrecht gezogen werden.

Landesparlament stärken

Kontrolle von Regierung und Verwaltung sowie Gesetzgebung sind die Kernaufgaben des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Um diesen Aufgaben besser gerecht werden zu können, wollen wir

- **die Geltungsdauer insbesondere von finanziellen Leistungsgesetzen und Abgaberegelungen generell befristen,**

- die Einführung eines wirksamen "Controllings", das dem Parlament eine zielorientierte Überwachung und flexibles Handeln ermöglicht,
- die Anzahl der Parlamentssitze auf 75 begrenzen,
- eine grundsätzliche Vereinbarkeit von Mandat und Beruf,
- eine Ausdehnung der Wahlzeit auf 5 Jahre,
- die parlamentarischen Vertreter der Minister abschaffen.

X. Die Ressourcen des Agrarstandorts Schleswig-Holstein zielstrebig weiterentwickeln

Unsere schleswig-holsteinische Landwirtschaft steht vor schwierigsten Herausforderungen.

Landwirte haben ebenso wie Fischer, Baumschulbetreiber und Gärtner wichtige Grundbedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen: Eine qualitativ hochwertige Nahrungsmittelerzeugung, die Pflege von Natur und Landschaft und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen. **Die Landwirtschaft muß in die Lage versetzt werden, die von der Gesellschaft nachgefragten Leistungen anbieten und dabei wieder angemessene Einkommenschancen vorrangig über den Markt nutzen zu können.**

Das erfordert unternehmerisch handelnde Landwirte, die durch ausreichende Entscheidungsfreiheit hoch motiviert sind, und landwirtschaftliche Betriebe, deren Struktur einen produktiven Arbeits- und Kapitaleinsatz ermöglicht. **Die CDU setzt auch im Agrarbereich auf verstärkte Eigeninitiative und individuelle Verantwortung.** Sie lehnt den Trend zur fortschreitenden Bürokratisierung und Reglementierung ab.

Die CDU setzt sich mittelfristig für eine Revision der EU-Agrarreform ein, weiß aber auch, daß grundsätzliche Veränderungen im wesentlichen nur durch die künftige Beeinflussung des GATT-Rahmens möglich sind.

Kurzfristig müssen alle Chancen zur Vereinfachung und Ent-

bürokratisierung der gemeinsamen Agrarpolitik genutzt werden.

Landwirte und Verbraucher haben ein gemeinsames Interesse an einer intakten Umwelt. Die **Vielfalt der Landschaft muß erhalten bleiben, und die Leistungen der Landwirtschaft für landschaftspflegerische Maßnahmen müssen finanziell abgegolten werden**, z.B. über die Entlohnung der Pflege von Biotop- und schützenswerten Flächen und durch die Ausweitung des freiwilligen Vertragsnaturschutzes.

Die *CDU*-Landesregierung wird sich dafür einsetzen, Umwelt- und Verbraucherschutz auf einem hohen Niveau europaweit zu harmonisieren.

Die *CDU* tritt für eine **Anpassung der Milchquote** an die veränderten Zeitumstände ein.

Die **Agrarsozialpolitik** bleibt für die *CDU* ein wesentlicher Bestandteil der Agrarpolitik. Sie hat in der Abmilderung der Auswirkungen des Strukturwandels ein hohes Ziel, gleichzeitig trägt sie zur Erhaltung der Leistungskraft der wirtschaftenden Betriebe bei. Zusätzlich können durch Verstärkung von Betreuungs- und Unterbringungsprogrammen und die Erbringung pflegerischer Leistungen bei voller Qualitätsicherung ergänzende Tätigkeitsfelder eröffnet werden.

In schwieriger Zeit werden wir dafür Sorge tragen, daß ungerechtfertigter wirtschaftlicher und politischer Druck auf die Land- und Ernährungswirtschaft unterlassen wird. Eine *CDU*-Landesregierung wird deshalb an die zukunftweisende Tradition früherer *CDU*-Regierungen anknüpfen und folgende Initia-

tiven der *CDU*-Landtagsfraktion aufgreifen:

- **Die Ausbildung der Landwirte und die Beratung und Förderung leistungsfähiger Betriebe** sowie eine praxisbezogene Agrarforschung sind Investitionen zur Zukunftssicherung. Dabei müssen die Ausbildungstrukturen zwar unter Beachtung der Entwicklung der Ausbildungszahlen fortgeschrieben werden, es geht aber auch um die Sicherstellung von qualifizierter, flächendeckender Beratung, Fortbildung von Landwirten und Landfrauen sowie um die Arbeit der Frauen im ländlichen Raum überhaupt.
- Die *CDU* wird dort, wo die Landwirtschaftsschulen in Schleswig-Holstein aufgrund abnehmender Schülerzahlen geschlossen werden müssen, die Beratungsstellen durch die Landwirtschaftskammer erhalten.
- **Die Stärkung der Aufgaben des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei auch im Hinblick auf den ländlichen Raum mit erweiterten Kompetenzen ausstatten und für ein verbessertes Miteinander mit den landwirtschaftlichen Einrichtungen sorgen.**
- **Qualitätskontrolle und Qualitätsvorsorge bei Nahrungsmitteln** sind vorrangige Aufgaben. Hierbei müssen Qualitätskontrolle sowie Qualitätsvorsorge verstärkt als Mittel zur Absatzförderung eingesetzt werden.

- Die CDU setzt sich ein für die **Förderung des integrierten Pflanzenschutzes und des integrierten Landbaus** durch Wissensvermittlung an den Schulen und in der Ausbildung sowie für finanzielle und personelle Sicherstellung der Beratung. Auch der sogenannte “Ökologische Landbau” verdient eine Unterstützung.
- Erheblichen Nachholbedarf hat die schleswig-holsteinische Landwirtschaft im Bereich der Vermarktsstrukturen. Maßnahmen, die einer Verlagerung der Wertschöpfung und einer Verringerung der Rohstofferzeugung entgegenwirken, müssen einen hohen Stellenwert erhalten. Hierzu gehört u.a. eine Förderung der Schweineproduktion. Die CDU fordert eine konzertierte Aktion aller Marktbeteiligten, um eine **zukunftsorientierte Markt- und Absatzpolitik** voranzubringen.
- Die CDU wird die von der SPD eingestellte **Umweltschutzförderung** in der Landwirtschaft wieder einführen und an neue Umweltbestimmungen anpassen.
- Dringender Änderungsbedarf besteht bei einer Reihe von Gesetzen aus der Zeit der SPD-geführten Landesregierung. Dies gilt insbesondere für das **Landeswassergesetz, das Landesnaturschutzgesetz und das Grundwasserentnahmearabgabengesetz**.

Es hat in den letzten Jahren eine Reihe von zusätzlichen ungerechtfertigten Belastungen für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft gegeben. Hierzu gehören auch die übertriebenen

Kürzungen der Zuschüsse an die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, der Griff der Landesregierung zum Siedlungsondervermögen und die Schwächung der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft als unverzichtbares Instrument für den ländlichen Raum. Eine **CDU-geführte Landesregierung wendet sich gegen eine derartige Politik. Die Abschaffung der "Wiesensteuer" wird dabei der erste Schritt sein.**

Die **einzelbetriebliche Förderung** landwirtschaftlicher Betriebe hat für die *CDU* nach wie vor einen hohen Rang.

- Schleswig-Holstein darf nicht zum Schlußlicht bei **nachwachsenden Rohstoffen** werden. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß in Schleswig-Holstein alle vorhandenen Chancen in der Biomasse-Produktion genutzt werden. Wir werden in der anwendungsorientierten Erforschung der Naturstoff-Chemie und der Verwertung von Biomasse Akzente setzen und unter Berücksichtigung der regionalen Voraussetzungen ein Landesprogramm für Pilot- und Demonstrationsvorhaben im Industrie- und Energiepflanzenanbau durchsetzen.
- Es bleibt Ziel der *CDU*, ein **Drittel mehr Wald in Schleswig-Holstein** zu schaffen. Leistungsfähige Forstämter, forstwirtschaftliche Betreuung, Aufforstung geschädigter Wälder und die Neuaufforstung, auch in privater Hand, sowie die Förderung standortgerechter Waldbewirtschaftung in Schleswig-Holstein sind aus Sicht der *CDU* unverzichtbar. Sie steht zu dem Konzept der naturnahen Bewirtschaftung. Bestrebungen zur

großflächigen Umstellung auf den sogenannten "Naturwald" werden abgelehnt, da dadurch auf längere Sicht die Versorgung mit Holz in der erforderlichen Qualität und Quantität gefährdet wird.

- Die CDU wird in Zusammenarbeit mit Landwirten und Landfrauen, der Landjugend und den ländlichen Organisationen für die Zukunft der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft kämpfen und die Eigenverantwortung der Landwirtschaftskammer stärken und damit die Grundvoraussetzungen zur Erhaltung und Entwicklung der ländlichen Regionen schaffen. Dazu soll ein **integriertes Konzept** entwickelt werden, das u.a. Maßnahmen der **Dorfentwicklung, der ländlichen Wohnungsbauförderung, der Infrastrukturverbesserung** und der wirtschaftlichen Entwicklung enthält.

Den Fischern helfen

Ein Existenzprogramm soll unseren Fischern helfen.

Dazu gehören:

- eine **konsequente EU-Fischereipolitik**, die die Bestandserhaltung der Fischbestände sowie eine vernünftige Struktur- und gesunde Marktpolitik in den Mittelpunkt stellt,
- **Beseitigung von Wettbewerbshindernissen** innerhalb der EU-Mitgliedstaaten sowie eine Verbesserung des Außenschutzes,

- keine neuen Reglementierungen zum Nachteil unserer Fischer,
- Einbringung der praktischen Erfahrungswerte der Fischerei in staatlich geförderte Forschungsvorhaben an Nord- und Ostsee,
- Erhaltung der Fischereischule in Schleswig-Holstein,
- in Anerkennung der erbrachten Vorleistungen Hilfen für unverschuldet in Not geratene Fischer,
- länderübergreifende und internationale Abstimmungen der Ostseeanliegerstaaten zur Regulierung der Kormoranpopulation.

Das gilt auch für unsere Binnenfischer (Seenfischer und Teichwirte).

Jäger und Angler

Die CDU erkennt die großen Verdienste der Jäger und Angler zur Erhaltung einer intakten Umwelt an. Sie setzt sich für die Ausübung der Jagd und des Angelns unter Beachtung ökologischer Grundsätze ein.

Den ländlichen Raum stärken

Für die CDU ist der ländliche Raum nicht nur Zulieferer von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Umwelt- und Freizeitgütern: Vielmehr sind seine Landschaft, Dörfer, Klein- und Mittelstädte, seine besonderen, geschichtlich gewachsenen Formen menschlichen Zusammenlebens und menschlicher Kultur für uns unverzichtbar.

Derzeit ist der ländliche Raum von einschneidenden strukturellen Veränderungen betroffen, die seine Anziehungskraft schwächen.

Um dem entgegenzuwirken, müssen jetzt grundlegende politische Entscheidungen getroffen werden. Dabei kommt es darauf an, in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Sektors im ländlichen Raum Impulse für innovative Maßnahmen zu geben. Das Ziel dabei muß sein, durch neue Entwicklungen wieder eine Einheit zwischen Arbeit-Wohnen-Leben-Freizeit im ländlichen Raum zu schaffen. Hierzu wollen wir eine Be standsaufnahme des ländlichen Raumes vornehmen und daraus ein Handlungskonzept entwickeln, das folgende Gesichtspunkte berücksichtigen muß:

- **planungsrechtliche Ermöglichung, über die zentralen Orte hinaus wohnstättennahe, umweltfreundliche Arbeitsplätze zu schaffen,**
- **Erleichterung von Nutzungsänderungen landwirtschaftlicher Gebäude; unkontrollierter Wildwuchs ist dabei zu verhindern,**

- **Entwicklung einer innerdörflichen Gewerbeförderung zur Ansiedlung und Stabilisierung landwirtschaftlicher, handwerklicher und kleingewerblicher Betriebe,**
- **Erhaltung und Verbesserung des wohnortnahmen Bildungs-, Aus- und Weiterbildungs- und Kulturangebots,**
- **Förderung des ländlichen saisonunabhängigen Fremdenverkehrs, der die Kultur und das lokale Erbe aufwertet,**
- **Verbesserung der Dienstleistungen für die Bevölkerung,**
- **Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität des ländlichen Raums,**
- **Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung,**
- **Förderung des Kulturangebots.**

XI. Unsere Bundeswehr - ein Garant für Frieden und Freiheit

40 Jahre Bundeswehr, fünf Jahre Armee der Einheit - beides ist Anlaß genug, die Leistungen der Bundeswehr zu würdigen. Unsere Soldaten können stolz sein. Zu Recht haben unsere Soldaten die Anerkennung des ganzen deutschen Volkes verdient.

Wir würdigen die Leistungen und Bedeutung unserer Bundeswehr mit ihren Soldaten und zivilen Mitarbeitern für die Sicherung von Frieden und Freiheit, aber auch als Träger von Arbeitsplätzen und Helfer bei Katastrophen.

Ohne das persönliche Engagement der Soldaten in den örtlichen Vereinen und Organisationen wäre die Vielfalt in den sozialen, kulturellen und sportlichen Bereichen nicht möglich. Die Soldaten der Bundeswehr und ihre zivilen Mitarbeiter sowie ihre Familien haben sich immer auf die Solidarität der *CDU* verlassen können - daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Schleswig-Holstein bleibt ein Bundesland mit hoher Stationierungsdichte und einer großen Anzahl wehrtechnischer Betriebe. Dadurch leistet unser Land einen maßgeblichen Beitrag zur äußeren Sicherheit.

XII. Schleswig-Holstein gewinnt durch Europa

Die fortschreitende europäische Integration und der Zusammenbruch der sozialistischen Diktaturen im Osten Europas stellen die schleswig-holsteinische Landespolitik vor neue Aufgaben und Herausforderungen. So ist Schleswig-Holstein durch die Norderweiterung innerhalb der Europäischen Union von einer Rand- in eine Mittellage gerückt. Durch die Vollendung des europäischen Binnenmarktes muß sich unser Land dem Wettbewerb der europäischen Regionen stellen.

Die Ostsee ist wieder zu einem Meer geworden, das Völker verbindet, anstatt sie zu trennen. Eine *CDU-Landesregierung* will die freundschaftlichen Beziehungen zu den Ostseeanrainerstaaten weiter vertiefen und die wirtschaftlichen Entwicklungschancen nutzen.

Deshalb tritt die *CDU* für eine **gemeinsame und umfassende Ostseeinitiative mit der Europäischen Union, aber insbesondere auch mit den baltischen Staaten und Polen** ein. Die Landespolitik muß verstärkt europäische Dimensionen in ihren Entscheidungen berücksichtigen. Dazu zählen vorrangig:

- **Die feste Einbindung schleswig-holsteinischer Infrastruktur - Verkehrswesen, Datenaustausch, Forschung und Ausbildung - in die jetzt entstehenden europäischen Netze,**
- **die Stärkung europäischer Partnerschaften und Zu-**

sammenarbeit zwischen Kommunen und Städten, Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Bildungseinrichtungen sowie Verbänden und Vereinen,

sammenarbeit zwischen Kommunen und Städten, Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Bildungseinrichtungen sowie Verbänden und Vereinen,

- **die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Bereich der Umweltpolitik,**
- **die weitere Verbesserung der Minderheitenpolitik als Beitrag zur Verständigung in Europa,**
- **die Einrichtung des europäischen Minderheitszentrums im deutsch-dänischen Grenzraum wird von der CDU nachdrücklich unterstützt.**
- **die Gewährleistung eines Schleswig-Holstein-Profiles in Europa durch die Stärkung der Vertretung Schleswig-Holsteins in der gemeinsamen Vertretung der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein als Informationsstelle, effektive Interessenvertretung und Serviceeinrichtung für Politik und Wirtschaft.**

Schlußwort

Schleswig-Holstein steht in den kommenden Jahren vor der großen Herausforderung eines politisch, technologisch und wirtschaftlich bedingen Strukturwandels. Die Öffnung der Grenzen nach Osten, die Erweiterung der Europäischen Union, die schnellen und grundlegenden technologischen Veränderungen und die daraus folgenden wirtschaftlichen Umbrüche bergen viele Chancen für unser Land.

Die *CDU* räumt der Wirtschafts- und Verkehrspolitik, der Bildungs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik sowie der Sicherheitspolitik Vorrang ein. Ein Erfolg auf diesen Gebieten ist die Voraussetzung dafür, daß wir auch in allen übrigen Politikbereichen die notwendigen und wünschenswerten Verbesserungen leisten können. Eine solche Politik bedeutet, daß wir nicht allen Wünschen nachgeben können und uns auch von liebgewordenen öffentlichen Leistungen trennen müssen.

Eine *CDU*-geführte Landesregierung wird alles daran setzen, Schleswig-Holstein für den Wettbewerb fit zu machen.

**Deshalb bitten wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme am
24. März 1996 für die *CDU*.**